Annener Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Anzeigegebühr für die einspaltige 1 mm hohe u. 36 mm breite Zeile für Platzanzeigen im Verbreitungsbezirk 8 Pf., auswärtige, amtliche u. finanzielle 10 Pf. Reklamezeile 1 mm hoch und 76 mm breit 30 Pfg. Bezugspreis 14tägig mit Sonntagsblatt 1.— Mk., ohne Sonntagsblatt 95 Pfg. (Durch die Post bezogen monatlich 2.25 Mk.) Geschäftsstelle: Stockumer Straße 23. Fernruf Nr. 3134. — Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Küching.

verbunden mit der „Annener Volkszeitung"
Anzeigenblatt für Witten-Annen
und die Stadtteile Stockum und Düren.

Inserate finden bei der großen Auflage der „Annener Zeitung" weite und billige Verbreitung. — Bei gerichtlicher Beitreibung oder bei Konkursen kommt jeder Annoncenrabatt in Wegfall.
Für die Aufnahme der Anzeigen an vorgeschriebenen Plätzen übernehmen wir keine Gewähr.
Rotationsdruck und Verlag von Fritz Küching, Witten-Annen.

Nr. 167. Dienstag, den 19. Juli 1932. 48. Jahrgang.

Allgemeines Demonstrations-Verbot

Durch Reichsverordnung.
Die Folge der Altonaer Vorfälle.

wtb. **Berlin**, 18. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite.

Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern mit dem heutigen Tage bis auf weiteres auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu schützen und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechtes stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewußten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden.

Die Verordnung ist von der Reichsregierung in später Nachtstunde veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des § 2 der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 28. 6. 32 wird mit sofortiger Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

1. Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

2. Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in festumfriedeten dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. 6. 32 keine Anwendung.

§ 2.

1. Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft: a) wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot aus § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt; b) wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

2. Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder an einem Aufzug, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft."

*

Von unterrichteter Seite wird ausdrücklich erklärt, daß diese Verordnung nur der erste Schritt der Reichsregierung gegen die politischen Ausschreitungen ist und daß die Reichsregierung sich alle weiteren Maßnahmen vorbehält. Die Reichsregierung wird notfalls auch nicht davor zurückschrecken, gegen die Kreise, die mit Sprengstoffen und Schußwaffen arbeiten, mit aller Strenge vorzugehen, bis zu einer Bestimmung, solche Leute, die mit Schußwaffen oder Sprengstoffen in der Hand betroffen werden, an die Wand zu stellen.

Solche Bestimmungen werden durchaus möglich sein ohne Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes. Die zivile Gerichtsbarkeit wird die Durchführung einer derartigen Verordnung in besonderen Schnellverfahren, bei denen absolut die Möglichkeit bestehen kann, die Todesstrafe zu verhängen, sichern können, die Absicht, Sondergerichte einzurichten, besteht nicht.

Nach Auffassung zuständiger Stellen würde sich diese Bestimmung vor allem gegen die Kommunisten richten, die als die wie die gestrigen Vorgänge in Altona bewiesen haben, dem Staate am meisten zu schaffen machen.

In diesem Zusammenhang wird von unterrichteter Seite zu den in den letzten Tagen wiederholt erfolgten Ankündigungen von politisch führenden Persönlichkeiten über eine beabsichtigte Bewaffnung ihrer Verbände erklärt, daß die Reichsregierung es in keinem Falle dulden wird, wenn sich irgend welche Organisationen bewaffnen wollen.

Alle Genehmigungen hinfällig.

Berlin, 18. Juli.

Die Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums teilt mit: Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. Juli sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge verboten. Damit werden auch alle bereits erteilten Genehmigungen für derartige Versammlungen und Aufzüge hinfällig. Ersatzversammlungen für solche Veranstaltungen können für den 19. und 20. Juli 1932 nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldungsfrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldefrist.

*

„Ziviler Sonderzustand"
— wenn Demonstrationsverbot nicht ausreicht.

Berlin, 18. Juli.

Das Reichskabinett hat Montag nachmittag eine Beratung abgehalten, über die aber keinerlei Mitteilungen herausgegeben wurden. Es wurde nur erklärt, daß man zunächst **die Wirkung des heute abend erlassenen Demonstrationsverbots abwarten werde und daß die Reichsregierung entschlossen sei, weitere sehr scharfe Maßnahmen besonders gegen die Kommunisten zu treffen.** Es ist anzunehmen, daß auch der Reichspräsident, der bekanntlich durch Kurierdienst mit Berlin in dauernder Verbindung steht, über die weiteren Beratungen des Kabinetts unterrichtet wird.

Sollte keine Ruhe auf Grund des Demonstrationsverbots in den nächsten 48 Stunden eintreten, dann wird das Reichskabinett wahrscheinlich unter Vermeidung des allgemeinen Ausnahmezustandes und der Uebertragung der vollziehenden Gewalt an den Führer der Reichswehr eine Art zivilen Sonderzustand schaffen, wie er schon im Jahre 1920 von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert auf Grund des Artikels 48 erlassen wurde. Es würde sich um die Bildung von Sondergerichten handeln mit besonderen Strafmaßnahmen.

Offenbar soll aber über diese Frage noch besonders mit den Ländern Fühlung genommen werden.

*

Erneut Uniformverbot gefordert.

Berlin, 18. Juli.

Im preußischen Staatsrat hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach die preußische Regierung auf die Reichsregierung erneut und mit stärkstem Nachdruck einwirken soll, die Aufhebung des Uniformverbotes sofort rückgängig zu machen.

Der Altonaer Blutsonntag

14 Tote, 56 Verletzte.

Altona, 18. Juli.

Wie amtlich mitgeteilt wird, beziffert sich die Zahl der Opfer des Sonntags in Altona nach den bisherigen Feststellungen auf 12 Tote und 56 Verletzte. Von den Verletzten konnten bis Montag früh 27 wieder entlassen werden. Von den 29 noch im Krankenhaus befindlichen sind 16 schwer und 13 leicht verletzt. Unter den Toten befinden sich drei Angehörige der NSDAP., während es sich bei den übrigen Opfern um Zivilisten handelt. Unter ihnen befinden sich auch zwei Frauen.

Zwei weitere Tote in Altona.

Altona, 18. Juli. Wie amtlich mitgeteilt wird, sind von den ins Krankenhaus eingelieferten Schwerverletzten zwei weitere Personen, ein Kommunist und eine Frau, beide aus Altona, am Montagabend gestorben. Die Zahl der Todesopfer der Schießereien erhöht sich damit auf insgesamt 14.

Der Altonaer Polizeipräsident berichtet

Vorbereiteter Ueberfall der antifaschistischen Organisation.

Altona, 18. Juli.

Der Altonaer Polizeipräsident gab heute nachmittag den Vertretern der Hamburg-Altonaer Presse im Präsidium eine eingehende Darlegung der gestrigen blutigen Vorfälle.

Er erklärte, daß die Polizei die Nationalsozialisten gewarnt habe, doch hätten diese Wert darauf gelegt, überall zu demonstrieren, und das Versprechen abgegeben, Ordnung und Ruhe bei der Kundgebung zu bewahren. Sobald die Demonstration und der Marschweg der SA. bekannt waren, wurden die Polizeibehörden aus dem kommunistischen Lager, vor allem von der Antifaschistischen Aktion, um ein völliges Verbot des SA.-Marsches ersucht, da diese eine Provokation des „Roten Altona" darstelle. Die Polizei habe, wie der Präsident betonte, in Uebereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen ihre Stellungnahme nicht grundsätzlich ändern können, wohl aber Maßnahmen ergriffen, um Zusammenstöße möglichst zu vermeiden. Das Polizeipräsidium ist der Ueberzeugung, daß es sich um einen wohlvorbereiteten Feuerüberfall der Antifaschistischen Aktion auf die Nationalsozialisten bezw. auf die Polizei handelt, der auch erfolgt wäre, wenn der Zug eine andere Richtung genommen hätte. Der Polizeipräsident ist noch gemeinsam mit dem Innenminister Severing, der zufällig in Altona anwesend war, in den Straßen unterwegs gewesen, in denen die Hauptkampfhandlungen stattgefunden haben.

Alle Vernehmungen von Beamten und Führern haben ergeben, daß die Polizei die Feuerdisziplin streng eingehalten habe. An der Tätigkeit von Dachschützen kann schon nach Art der Verletzungen und der Einschüsse in die Uniformen der Beamten nicht gezweifelt werden, wenn man auch bei den 91 Verhafteten keine Waffen mehr gefunden hat und zur Stunde noch nicht nachweisen kann, ob Dachschützen festgenommen worden sind. An einer Stelle müssen die Dachschützen auch eine Maschinenpistole benutzt haben. Von den 91 Verhafteten gehören, wie bisher feststeht, sieben der KPD. bezw. der Antifaschistischen Aktion an. Die Verhafteten sind zumeist Hamburger, die offenbar geschlossen der Parole gefolgt sind, den SA.-Zug zu stören. Da die Schüsse auf den Zug bezw. auf Polizeibeamte auch aus Häusern in Straßen gefallen sind, die keineswegs zu einem Wohngebiet gehören, durch das den Zug zu leiten man Bedenken hätte haben müssen, steht für die Altonaer Polizei fest, daß sich die Vorfälle überall und auf jeden Fall ereignet hätten. Die Altonaer Polizei, die voll eingesetzt wurde, mußte noch ein Hamburger Kommando und einen Zug aus Wandsbeck heranziehen. Unter den Toten befinden sich, wie bereits gemeldet, zwei Personen, ein SA.-Mann und eine Frau, die der NSDAP. angehören. Drei Tote sind Kommunisten, ein Schwerverletzter, mit dessen Ableben man stündlich rechnet, gehört ebenfalls der KPD. an. Ein in der Holstenstraße erschossener Mann namens Hager war Mitglied der SPD. Da die Schußwunden bei den im Krankenhaus liegenden Verletzten zum Teil sehr groß sind, glaubte man zunächst, daß präparierte Geschosse benutzt worden seien. Doch scheint es sich in allen Fällen um Querschläger zu handeln. Bei vier Verletzten hat man Beinamputationen vornehmen müssen. Die weitaus meisten Verletzten sind auf der Straße angeschossen worden. Die Polizei ist überzeugt, daß die Zahl der Verletzten, wenn nicht auch der Toten, noch größer ist, als bisher bekannt wurde, da wahrscheinlich von seiten der Antifaschistischen Aktion öfters welche beiseite geschafft wurden.

Severings Ansicht.

cnb. **Berlin**, 18. Juli.

Zu den gestrigen blutigen Vorfällen in Altona wird aus Kreisen des Preußischen Innenministeriums erklärt, daß die Altonaer Polizei von vornherein schwere Bedenken hatte, den Demonstrationszug der Nationalsozialisten in der Altstadt stattfinden zu lassen, also gerade in dem Teil der Stadt, in dem am meisten, angesichts der dortigen Bevölkerung, mit Unruhen zu rechnen war. Da die Nationalsozialisten aber trotz der Warnungen der Polizei darauf bestanden, gerade dort zu demonstrieren, glaubte die Behörde einwilligen zu müssen, um auch den Anschein einer politischen Zwangsmaßnahme zu vermeiden.

Die Polizei hatte schon vor dem Umzug alle möglichen Sicherungsvorkehrungen getroffen und Ansammlungen, die sich vor Eintreffen des Zuges bildeten, zerstreut. Als dann die ersten Schüsse fielen, gingen die Beamten sofort gegen die Angreifer vor, ließen die Fenster schließen und erwiderten das Feuer mit scharfen Schüssen. Da trotzdem die Schießerei fortgesetzt wurde, wurde der Ummarsch abgeleitet und die Teilnehmer an der Kundgebung sofort in Sicherheit gebracht. Der beste Beweis für das rasche Eingreifen der Polizei ist die Tatsache, daß keiner der Zugteilnehmer verletzt worden (?) ist. Dank dem energischen Vorgehen der Polizei gelang es ihr bald, der Lage Herr zu werden und auch die Barrikaden zu beseitigen.

Bei dem Abtransport der von außerhalb gekommenen Nationalsozialisten kam es in Itzehoe und in Pinneberg zu neuen Zusammenstößen. In Itzehoe wurde bei einer Schießerei ein Beamter verletzt; bei der Durchsuchung eines Lastkraftwagens der Nationalsozialisten wurden 25 Pistolen beschlagnahmt. In Pinneberg stürmten die Nationalsozialisten ein Gasthaus, aus dem sie mit Steinen beworfen worden waren.

Kommunistischer Kriegsrat.
Versammlung ausgehoben.

Hamburg, 18. Juli. Am Montag wurde in Hamburg eine nicht angemeldete Versammlung kommunistischer Funktionäre, die zu den Vorgängen in Altona Stellung nahm, von der Polizei ausgehoben. Die Versammlungsteilnehmer, unter denen sich auch der Leiter des Bezirksausschusses Wasserkante der KPD., Landtagsabgeordneter Herm. Schubert (Altona) befand, wurden sistiert, später aber wieder freigelassen.

3 Tote und 25 Verletzte
in Greifswald.

Berlin, 18. Juli.

In Greifswald wurden im Anschluß an eine Kundgebung SA.-Leute von Komunisten beschossen. Wie von der NSDAP. ergänzend zu dem Feuerüberfall mitgeteilt wird, hat die SA. drei Tote zu beklagen. 25 SA.- und SS.-Leute wurden zum Teil schwer verletzt.

Wieder 2 Tote in Langenselbold.

Frankfurt a. M., 18. Juli

Im Anschluß an die Beerdigung der am Freitag bei einer Erwerbslosenkundgebung erschossenen beiden Frauen veranstalteten auswärtige Kommunisten in Langenselbold einen Demonstrationszug, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, als Teilnehmer des Zuges eine Fensterscheibe einschlugen. Ein 29jähriger Arbeiter aus Groß-Auheim sowie ein älterer Mann aus Offenbach wurden getötet, mehrere Personen teils leicht teils schwer verletzt.

Ein Toter bei Zusammenstößen zwischen SA und Reichsbanner im Kreis Striegau.

Breslau, 18. Juli.

Zu schweren politischen Unruhen kam es Montag mittag in Groß-Rosen (Krs. Striegau). Anläßlich eines Propagandamarsches der SA griffen Mitglieder der Eisernen Front einen durch die Ortschaft marschierenden SA.-Trupp mit Aexten, Rodehacken und Revolvern an. Die SA. mußte der Uebermacht weichen und hatten einen Toten, einen Schwer- und drei Leichtverletzte. Ein Polizeiaufgebot aus Striegau konnte die Ruhe wiederherstellen.

Auch in Essen wieder Schwerverletzte.

Essen, 18. Juli.

In Altenessen wurden nach Mitteilung der Polizei ein Stahlhelmangehöriger und ein Nationalsozialist von vier unbekannten politischen Gegnern zu Boden geschlagen. Der Stahlhelmangehörige trug schwere Kopfverletzungen davon. Die Verletzungen des Nationalsozialisten sind leichterer Art.

Beim Zerstreuen einer Ansammlung von Nationalsozialisten und Kommunisten in der Unionstraße wurde ein Polizeiobermeister von einem Kommunisten durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt. Zwei Kommunisten wurden festgenommen.

Außerdem wurde nach Mitteilung der Polizei in Altenessen ein Arbeiter durch Nationalsozialisten schwer verletzt.

Neun Verletzte.

Hannover, 18. Juli. Auf dem Tönniesberg in Linden wurde ein mit Nationalsozialisten besetzter Lastkraftwagen beschossen. Zwei Insassen wurden verletzt; sie mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Zwischen Peine und Vöhrum verhaftete die Polizei 7 Reichsbannerleute, die vom Straßengraben aus auf heimkehrende SA.-Leute feuerten. — Zwischen Klein- und Groß-Ilsede wurde einem SA.-Mann von Reichsbannerleuten das Braunhemd ausgezogen und die Mütze weggenommen. Dann wurde er blutig geschlagen, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. — In Peine kam es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern der Eisernen Front. Polizei griff ein und stellte die Ruhe wieder her. Dabei wurden 6 Personen verletzt, von denen vier ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Einer schwebt in Lebensgefahr.

Lokales

§ Witten-Annen, 19. Juli.

Das Verhalten der Polizei.

Der Regierungspräsident in Arnsberg teilt über das Verhalten der Polizei mit:

Die zunehmende Verrohung des politischen Kampfes erfordert noch schärfere polizeiliche Maßnahmen. Der verstärkte polizeiliche Einsatz dient dem Ziel, unter möglichster Vermeidung von Blutvergießen die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Damit muß verbunden werden die Rücksicht auf die überaus große und vielseitige Inanspruchnahme der stets einsatzbereiten Polizeibeamtenschaft.

Die Demonstrationsmöglichkeit im Wahlkampf soll für jede Partei gewahrt werden. Die wachsende Anforderung polizeilichen Schutzes für politische Demonstrationen seitens aller infrage kommenden Parteileitungen macht jedoch für die Behörden eine sorgfältige Prüfung der im Einzelfall zu treffenden polizeilichen Maßnahmen erforderlich. Die Parteileitungen müssen sich bei politischen Demonstrationen mit den im Interesse ihrer eigenen Parteigenossen, wie auch sonst im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Auflagen gemäß § 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 abfinden. Die Auflage kann auch dahin gehen, daß der Zuzug auswärtiger Teilnehmer auf Lastkraftwagen für eine politische Demonstration nicht zugelassen wird. Kann der polizeiliche Schutz der öffentlichen Sicherheit auch durch geeignete Auflagen nicht gewährleistet werden, so müssen die Parteileitungen mit einem Verbot der Veranstaltung gemäß § 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 rechnen. Insbesondere sind die Polizeibehörden angewiesen, darauf zu achten, daß grundsätzlich nicht mehrere politische Demonstrationen gegensätzlich eingestellter Organisation besonders von überörtlicher Bedeutung an demselben Ort und Tag stattfinden.

Von der in der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 gegebenen Möglichkeit, Personen, die unbefugt Waffen führen, bis zu 3 Monaten in polizeiliche Haft zu nehmen, wird jetzt unnachsichtlich nach jeder Richtung Gebrauch gemacht werden.

Es geht nicht an, einerseits nach polizeilichem Schutz zu rufen, andererseits die nach pflichtgemäßem Ermessen getroffenen polizeilichen Maßnahmen in der Oeffentlichkeit herunterzuziehen. Gerade in einer Zeit, in der außerordentlich hohe Anforderungen an das Pflichtgefühl und den Opfersinn der Polizeibeamten gestellt werden, darf erwartet werden, daß die Bevölkerung sich den polizeilich gebotenen Maßnahmen verständnisvoll fügt und das Bestreben der Polizei, die öffentliche Sicherheit zu wahren, wirksam unterstützt.

*

Tausend Ratschläge — — aber keine Hilfe!

Im Eisenbahnzug ist eine Dame ohnmächtig geworden. Bedauerlich zwar, aber durchaus verständlich angesichts der Hundshitze und der vielen Menschen, die sich gegenseitig puffen und knuffen, um recht bequem stehen oder sitzen zu können. Kurz vor dem Reiseziel der meisten Zuginsassen passierte dieses kleine Malheur, also brachte ein kräftiger Mann die Frau heraus, legte sie auf eine Bank und bemühte sich, sie wieder in den Zustand des Bewußtseins zurückzurufen. Er streckte ihr die Arme auseinander, damit sich die Lungen weiten, er gab ihr einen Schluck Wasser und befreite sie von einem schweren Rucksack, den sie trug. Um den Samariter herum sammelten sich Menschengruppen. Hunderte Frauen und Männer gaben gute Ratschläge: Schließlich wurde es dem jungen Helfer zu bunt. Er sagte: „Es tut mir ja leid um die Dame, aber wenn Sie alle so gute Ratschläge geben können, dann helfen Sie ihr auch. Ich habe getan was ich kann und was in meinen Kräften steht!" Sprach's und wandte sich zum Gehen. Man hätte diesen Sturm der Entrüstung hören müssen. Die einen schrien: „Unverschämtheit", die anderen „Rücksichtslosigkeit", die anderen meinten sogar „die jungen Leute von heute haben überhaupt keinen Anstand mehr", und der vierte benutzte schließlich die Gelegenheit zu einer politischen Agitationsrede. Indessen wurde der Frau, die allmählich wieder zu sich kam, aber nicht geholfen. Nur einer fragte: „Na, ist Ihnen besser?" und die Menschen verschwanden schnell nach allen Himmelsrichtungen. War der junge Mann in seinem Rechte gewesen, oder hatte er unwürdig gehandelt. Im Geiste sah ich noch einmal die hundert Menschen, die alle klug reden konnten, ohne aktiv zu helfen, sah die Gesichter, die neugierig und sensationslüstern sich zusammenstreckten und ein wahres Dach von Köpfen bildeten und ich sah den freiwilligen Helfer, der das Bärenstück der Arbeit geleistet, der wirklich Hilfe gebracht hatte und sich nun noch dumm kommen lassen sollte. Nein, der Helfer hat richtig gehandelt, denn wenn jemand meint, seinem Mitmenschen besser helfen zu können, dann soll er's in Gottes Namen tun. Das Opfer eines Unfalles oder einer Ohnmacht wird ihm nachher dafür Dank wissen. Aber bloß reden! Reden sind billig und nützen gar nichts!

*

§ Annen, 19. Juli. **(Sommermorgen.)** Ganz dunkel wird es jetzt gar nicht. Bereits in der dritten Stunde zeigen sich die ersten Merkmale des kommenden Morgens. Kurz vor Sonnenaufgang sieht es manchmal aus, als sei eine große Fläche Perlmutter über uns ausgehängt. Nicht so deutlich wie bei einem Regenbogen; mehr nur wie angedeutet, sind die verschiedenen Farbennuancierungen am Himmel nebeneinander gesetzt. Bald kommt auch erste Helle hervor. Aus einer unbestimmten Helle wird dann ein leuchtendes Rosa, das sich oft, wie spielend, hinter Wölkchen zu verbergen sucht und nur in abgedämpften Tönungen hindurchschimmert. Zunächst nur an einer Stelle sichtbar breitet sich dieses Rosa immer mehr aus, wandert über den Himmel hin, wird dunkler, lebendiger strahlend und geht langsam in ein leuchtendes Rot über, einem großen Brand in der Ferne ähnlich. Nun wird es auch überall in der Natur lebendig. Die Vögel sind aus ihrer Nachtruhe erwacht, springen auf den Zweigen hin und her, lassen ihre Stimmen von neuem hören und machen auch bereits die ersten Ausflüge. Ununterbrochen künden die Hähne durch Krähen den neuen Tag an. Ist dann die Sonne vollständig emporgestiegen, so wird an klaren Tagen alles wie mit einem goldigen Schein überflossen. Wer Frühaufsteher ist und einen Gang durch die Heide macht, dem offenbart sich ganz die Schönheit eines Sommermorgens. In den Straßen beginnt dagegen wieder geschäftiges Treiben; Straßenbahnen klingeln, Lastkraftwagen hupen, Knappen und Hüttenleute eilen zur Arbeitsstätte. Auf den Getreidefeldern fährt die Sense durch die Halme. Sommerzeit . . . wie rasch geht sie vorüber . . .

Eine Warnung

des Bochumer Polizeipräsidenten.

Die täglich sich mehrenden Gewalttätigkeiten zwischen politischen Gegnern, besonders unter Anwendung jeder Art von Waffen erfordern das schärfste Vorgehen der Polizei. Es wird daher in Zukunft von allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit Gebrauch gemacht werden. Vor allem werden diejenigen Personen, die auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen werden, das mittels einer Waffe begangen ist, oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe, oder unbefugtes Erscheinen mit einer Waffe begründet wird, gemäß § 17 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. 6. 1932 auf 3 Monate unnachsichtlich in Haft genommen.

Als Waffe im Sinne dieser Maßnahme werden nicht nur diejenigen Gegenstände angesehen, die zur Zufügung von Verletzungen, ihrem Entstehen und der Art ihrer Anfertigung nach bestimmt sind, sondern auch solche Gegenstände, die im einzelnen Falle nach dem Willen des Trägers zur Herbeiführung von Verletzungen bestimmt sind.

Z. B. (Mitgeführte Pflastersteine, mit denen geworfen werden soll etc.) 15 Personen, die im unbefugten Besitze derartiger gefährlicher Werkzeuge betroffen wurden, befinden sich bereits in polizeilicher Haft.

Bochum, den 18. Juli 1932.

Der Polizeipräsident.

---

* Annen, 18. Juli. **(Evangelische Schulgemeinde Annen.)** Am vergangenen Sonntag feierte die evangel. Schulgemeinde Annen ihr diesjähriges Kinderfest in der üblichen Weise. Leider ließ jedoch die Witterung etwas zu wünschen übrig. Gegen 2.30 Uhr setzte sich der Zug von etwa 450 Kindern mit den Eltern vom evang. Vereinshausplatz unter Vorantritt des Posaunenchors in Bewegung. Unsere Kleinsten hatten die Spitze. Auf dem Annenerberg begrüßte Herr Pastor Bartelworth im Namen des Vorstandes der Schulgemeinde die Kinder mit ihren Eltern. Möchten doch alle Eltern sich die Worte, die Herr Pastor Bartelworth über die Edelsteine, die uns in unseren Kindern geschenkt sind, recht beherzigen, damit sie zu Kindern Gottes erzogen werden. Viele freundliche Helferinnen und Helfer hatten sich dem Vorstand zur Verfügung gestellt, die dann mit ihren Gruppen auf die Spielwiese zogen, wo Schneckenhäuschen und Limonade verteilt wurden. Beides hat den Kindern gut geschmeckt. Als dann aber mit den Spielen begonnen werden sollte, verschlechterte sich das Wetter doch so sehr, daß Groß und Klein das schützende Dach des Hauses aufsuchen mußten. Bei der großen Zahl der Teilnehmer war eine geordnete Unterbringung aber kaum möglich. Nach dem gemeinsam gesungenen Lied: „Die Sach' ist dein Herr Jesus Christ, die Sach', an der wir stehen", durfte Herr Pastor Bartelworth auch den Geschäftsführer des Reichsverbandes deutscher evangelischer Schulgemeinden E. V., Herrn Windel, begrüßen. Ueber sein Erscheinen bei unserer Veranstaltung herrschte ungeteilte Freude. Er sprach von der großen Not unserer Tage, wo verschiedene Gruppen unserm Volk alles Heil versprechen und aus eigener Machtvollkommenheit eine Besserung unserer Lage und eine Gesundung unseres kranken Volkskörpers herbeiführen wollen. So kann und wird niemals eine Aenderung eintreten, wenn wir nicht mit unseren Sorgen und Nöten, von denen in der heutigen Zeit wohl niemand mehr verschont ist, zu unserem Vater im Himmel kommen, um von ihm Trost und Zuversicht für diese schwere Zeit zu erbitten. Ganz unerwartet erschien auch noch ein alter Freund, der frühere Leiter unserer Annener Schulgemeinde, Herr Rektor Schönhals aus Bochum-Hordel, der wieder einmal gern unter lieben alten Bekannten weilte. Da eine Besserung des Wetters nicht eingetreten war, konnten die Spiele mit den Kindern nicht wieder aufgenommen werden, und die Veranstaltung wurde für beendet erklärt, damit die, die besonders naß geworden waren, nach Haus gehen konnten. Trotz der Fülle des Saales blieb jedoch noch eine große Zahl der Festteilnehmer weiter versammelt. Nachdem dann der Posaunenchor noch einige Lieder zu Gehör gebracht hatte, wurde auch noch eine amerikanische Versteigerung vorgenommen, an der die Anwesenden sich lebhaft beteiligten. Gegen Abend trat dann eine Besserung des Wetters ein. Unter freiem Himmel fand dann noch die Aufführung eines gelungenen Theaterstückes statt, das allen Zuschauern gut gefallen hat. Nachdem dann noch 8 kleine Mädchen einen Reigen aufgeführt hatten, der ebenfalls lebhaften Beifall fand, wurde um 8 Uhr von dem Rest der Festteilnehmer wieder der Heimweg angetreten. Wenn auch durch das ungünstige Wetter das Fest nicht in der vorgesehenen Weise verlaufen ist, so wollen wir doch nicht murren, sondern immer daran denken, daß mancher Landwirt den Regen sehnlichst erbeten hat.

Doch was am Sonntag nicht durchgeführt werden konnte, soll gelegentlich der auch in diesem Jahre wieder beabsichtigten Ferienwanderungen nachgeholt werden. Auf diese Ferienwanderungen machen wir die Eltern und Kinder der Annener Schulgemeinde ganz besonders aufmerksam. Die Ferien beginnen am 27. Juli, das ist ein Mittwoch. An diesem Tage gehen wir zum Annenerberg, Treffpunkt Vereinshausplatz, Abmarsch 3 Uhr. Anmeldungen zu dieser und allen folgenden Wanderungen, die immer an einem Mittwoch stattfinden, müssen jeweils am vorhergehenden Montag von 3 bis 5 Uhr im Vereinshaus erfolgen.

Zum Schluß ist es uns noch ein Bedürfnis, allen denen, die am Gelingen des Festes mitgeholfen haben durch Gaben oder Helferdienste, recht herzlich zu danken. Hoffen wir, daß das Wetter bei unseren Ferienwanderungen besser wird.

— **(Der diesjährige Schautermin für körperlich Behinderte)** findet am Donnerstag, 21. Juli, nachm. von 3—5 Uhr, im Gesundheitsamt, Rathaus in Witten, Nebeneingang 2, Zimmer 31, statt. Der Facharzt für Orthopädie, Herr Dr. med. Gau, Volmarstein, wird an diesem Termin zugegen sein.

— **(Versuchter Einbruchsdiebstahl.)** In der Nacht zum 18. Juli versuchten bisher noch unbekannte Täter in die Verkaufsstelle des Konsumvereins „Wohlfahrt", in der Annenstraße, einzubrechen. Am Haupteingang haben sie eine in der Tür befindliche Glasscheibe mit schwarzer Seife beschmiert und dann eingedrückt. Von einem Privatwächter wurden die Täter verscheucht.

— **(Die Renten der Schwerkriegsbeschädigten.)** Die Reichsregierung wendet sich gegen den Mißbrauch, der mit den Schwerkriegsbeschädigten in der parteipolitischen Agitation getrieben werde. Wenn immer behauptet werde, daß die Schwerkriegsbeschädigten in ihren Renten gekürzt worden seien, so könne das nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Tatsächlich sei für die Schwerkriegsbeschädigten eine Einschränkung nur insofern eingetreten, als die Zulagen für die jugendlichen Angehörigen der Schwerkriegsbeschädigten im Alter von 15 bis 21 Jahren nur weiter bezahlt werden, wenn die Kinder in der Berufsausbildung stehen oder gebrechlich sind.

Achtung!

Knappschafts-Invaliden - Witwen!

Mitglieder und Beamte!

Hiermit laden wir euch zu einer

Protestversammlung

gegen den Rentenabbau

am Mittwoch, 20. Juli 1932, um 19 Uhr (7 Uhr) im Lokale Emil Wösthoff, Witten-Annen, Westfeldstraße 87, ein.

Thema:

Weg mit der Rentenabzugsverordnung von Papen!

Eintritt frei! Keiner darf fehlen!

Einberufer:

Knappschaftsältester Schiermeier.

---

§ Annen, 19. Juli. **(Die Sommer-Ausverkäufe)** haben begonnen. Viel Schönes und Billiges ist jetzt zu erstehen, da die Lager — auch die mit den neuesten Sachen — für das „Allerneueste" geräumt werden müssen. Eine Saison verdrängt die andere, und schon aus diesem Grund muß Platz, müssen Barmittel für Neuanschaffungen bereitgestellt werden. Unserer Geschäftswelt ist es zu wünschen, daß sie gute Geschäfte macht und auf ihre Rechnung kommt.

)-(Annen, 19. Juli. **(Diebstahl.)** An der Ecke Annenstraße und Erlenweg, im Stadtteil Witten-Annen, wurde am 16. ds. Mts., gegen 16,30 Uhr, ein dort aufgestellter 4 rädriger Handwagen mit Kastenaufsatz gestohlen. Der Wagen ist innen dunkelrot und außen grünbraun gestrichen. In demselben befanden sich 3 Brote, 1 Stuten, 3 leere Säcke und 1 braune Decke.

d. Stockum, 19. Juli. **(Freiwillige Feuerwehr.)** Am vergangenen Sonntag nachmittag hielt die hiesige Freiwillige Feuerwehr im Saale der Wirtschaft Engel eine Versammlung ab. Es wurde beschlossen, am Sonntag, dem 24. Juli an der 50 jährigen Jubelfeier der Freiwilligen Feuerwehr Lütgendortmund geschlossen teilzunehmen. Antreten der Kameraden ist am 24. Juli, mittags 1 Uhr am Hause des Oberbrandmeisters Karl Zarges. Brandmeister Karl Zarges erstattete alsdann Bericht über die Teilnahme an der Sitzung des technischen Ausschusses in Witten. Es wurde ihm daraufhin der Dank und das Vertrauen der Wehr für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Ein Vortrag über technische Fragen, die Feuerwehr und ihre Geräte betreffend, beendete die gutbesuchte Versammlung.

Witten, 19. Juli. (Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei.) Man schreibt uns: Mit dem Hinweis auf die in der heutigen Ausgabe erscheinende Anzeige wird besonders auf die heutige große Wahlkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei hingewiesen. Nationale Wähler und Wählerinnen, wenn Ihr nicht wieder von den Ereignissen überrascht werden wollt, wie im November 1918, dann zeigt jetzt Bekennermut und erscheint in Massen heute abend bei Voß. Der Redner, Dr. Stadtler, wird keine Enttäuschung. Er verfügt über das, was man heute so selten findet, rücksichtsloses Draufgängertum und höchste staatspolitische Klarheit.

Witten, 19. Juli. (Goldene Hochzeit.) Die Eheleute Heinrich Brinkmann und Frau Wilhelmine geb. Lindemann, hier, Crengeldanzstraße 30, feiern heute das Fest der goldenen Hochzeit. Wir gratulieren!

* **Witten, 19. Juli. (Die Meisterprüfung)** hat der bei der Firma Johannes Feuser beschäftigte Uhrmachergehilfe Walter Hildebrand vor der Prüfungskommission der Handwerkskammer Dortmund bestanden.

Witten, 19. Juli. (Verkehrsunfälle.) Auf der Ruhrstraße stießen am 17. ds. Mts. ein Kraftomnibus und ein Bauwagen der Straßenbahn zusammen. Personen wurden nicht verletzt. Der Kraftomnibus wurde dabei leicht beschädigt.

Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich am gleichen Tage auf der Sprockhövelerstraße. Dort stießen 2 Personenkraftwagen zusammen. Personen kamen dabei nicht zu Schaden. Beide Wagen wurden stark beschädigt und mußten abgeschleppt werden.

Auf dem Schnee, 19. Juli. (Ueberfallen und schwer verletzt.) Auf der Fahrt zur Arbeit wurde der Bergmann Walter B. vom Silberknapp Auf dem Schnee von unbekannten Tätern von seinem Rad gerissen und so lange geschlagen, bis er schwer verletzt liegen blieb.

Eichlinghofen, 19. Juli. (Der Schuß auf den Oberlandjäger.) Wir berichteten gestern, daß der Oberlandjäger Lemke aus Eichlinghofen auf einem Feldweg in der Nähe der Baroperstraße von mehreren Personen, gegen die er wegen ungebührlichen Verhaltens vorgehen mußte, angegriffen und durch zwei Schüsse lebensgefährlich verletzt worden sei.

Zu diesem Vorfall gibt das Dortmunder Polizeipräsidium folgende Einzelheiten: In der Nacht zum Samstag hatten mehrere junge Männer auf der Wittenerstraße in Dorstfeld, die in der Nähe der Bergschenke standen, sich an einen vorbeikommenden Lastzug der Ritterbrauerei angehängt. Sie kletterten auf den Anhänger des Lastzuges und fuhren bis zu den Feldern in der Nähe von Oespel mit. Auf der Fahrt warfen sie ein Faß Bier mit einem halben Hekto Inhalt auf die Straße. Das Faß wurde zur Wohnung eines der beteiligten in der Knappenstraße 6 gerollt und dort auf den Boden geschafft. Hier wurde das Faß angestochen. Zu dem Zechgelage wurden einige Bekannte eingeladen. Im Laufe des Samstag-Vormittags zog die Zechgesellschaft mit ihrem Bierfaß, das sie auf einem Kinderwagen aufgebaut hatten, von Dorstfeld nach Barop. Dabei wurde grober Unfug verübt. So hatten sie, es waren ungefähr 15 Personen, die zurzeit fast alle erwerbslos sind, auf der Baroperstraße das Personenauto eines Dr. med. K. angehalten. Zwei von ihnen bestiegen in ihrem Uebermut das Auto.

Oberlandjäger Lemke, der von einem Dienstgang aus Eichlinghofen kam, ging sofort gegen die Leute wegen ihres ungebührlichen Verhaltens vor. Es gelang ihm auch, die Leute in einen Feldweg zurückzutreiben. Hier wurde er schließlich von ungefähr 8 Personen umringt. Oberlandjäger L., der sich bisher allein mit dem Gummiknüppel durchsetzen konnte, zog nun auch seine Pistole, um die Angreifer abzuwehren. Aber auch durch das Drohen mit der Pistole konnte er die Angreifer nicht mehr zurückhalten. Er wurde von allen Seiten angegriffen und zu Boden gerissen. Lemke hatte in der einen Hand den Gummiknüppel und in der anderen Hand die Pistole. Beim Ringen ergriff jemand von hinten sein Handgelenk, und es gelang dabei den Angreifern, Lemke die Pistole zu entwinden. Gleich darauf wurden drei Schüsse abgefeuert. Oberlandjäger Lemke erhielt einen Bauchdurchschuß und einen Oberschenkelschuß.

Von Zeugen dieses Vorfalles wurde das Ueberfall-Kommando alarmiert. Auch die Feuerwehr erschien sofort mit einem Krankenwagen. Sie brachte den schwerverletzten Oberlandjäger in das Dorstfelder Krankenhaus. Von dem Ueberfallkommando wurden fünf Personen, die als Beteiligte infrage kamen, festgenommen und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Im Dorstfelder Krankenhaus stellte sich heraus, daß die Bauchverletzungen sehr ernster Natur waren. Lemke wurde noch am Samstag nachmittag den städtischen Krankenanstalten in der Beurhausstraße zugeführt. Noch am Sonntagabend war sein Zustand sehr ernst. Es besteht Lebensgefahr.

Am Samstagmittag wurde auch gleichzeitig mit dem Ueberfallkommando die Mordkommission alarmiert. Es gelang noch im Laufe des Samstagnachmittag, alle 15 Personen zu ermitteln, die als Beteiligte an diesem Aufruhr infrage kamen. Sie wurden sämtlich in das Polizeigefängnis eingeliefert. Acht von ihnen wurden im Laufe der kriminalpolizeilichen Ermittlungen wieder entlassen. Sieben, es sind die Hauptangreifer, werden dem Vernehmungsrichter vorgeführt. Das Bierfaß wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Bei den Festgenommenen handelt es sich um den Arbeiter Hermann F. aus der Wittenerstraße 170, den Bergmann Friedrich A. aus der Zechenstraße 16, um den 25 jährigen Arbeiter Ignatz O. aus der Knappenstraße 32, um den 19 jährigen Arbeiter Rudi H. aus der Knappenstraße 6, um den Arbeiter Johann K. aus der Fritz Junke-Straße 26, um den 19 jährigen Wilhelm F. aus der Wittener Straße 188, sowie um den 23 jährigen Bergmann Erich W. aus der Knappenstraße 2.

Der 1. Tag

in unserem

Saison-Schluß-Verkauf

war ein großer

Erfolg in unserer

Schuh-Abteilung

Wir räumen dieses Mal um jeden Preis!

Alsberg & Blank

WITTEN

Aus dem Gerichtssaal

Vor den Schranken des Wittener Schöffengerichts.

H. Annen, 19. Juli. **(Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit)** wurde gegen den Bergmann J. G. von Annen verhandelt. Nach der Anklageschrift wird ihm zur Last gelegt, durch unzüchtige Handlungen öffentlich Aergernis erregt sowie mehrere schulpflichtige Kinder in schamloser Weise beleidigt zu haben. Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 183 St. G. B. zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen verurteilt. Trotz des Alters von 71 Jahren sah das Gericht, mit Rücksicht auf das schamlose Verhalten des Angeklagten, von einer Geldstrafe ab. Die Kosten fallen dem Verurteilten zur Last.

H. Witten, 19. Juli. **(Wegen Beleidigung des Stadtobersekretärs P. M.)** hatte sich der Wirt W. O. von hier zu verantworten. In einem Schreiben an den Magistrat Witten behauptet der Beschuldigte, daß der Stadtobersekretär M. sich des Betruges schuldig gemacht habe. Er schreibt u. a., daß vor lauter Umbuchungen und Radierungen kein reines Resultat betr. der Zahlungen zu erblicken sei und M. kein Recht habe, das bereits quittierte Geld auf andere Konten zu verbuchen. Er habe bis jetzt 20 Unterschriften der so ausgeplünderten Steuerzahler gesammelt, die M. die unlauteren Machenschaften beweisen würden. Auch machte er M. in dem Schreiben zum Vorwurf, Beträge, die schon bezahlt waren, nochmals verlangt zu haben. Dieses sei wohl das Tollste, was er sich im Interesse der steuerzahlenden Bürger erlauben konnte. Auf Grund der Beweisaufnahme und des eidlichen Zeugnisses des Stadtrentmeisters B. hielt das Gericht für erwiesen, daß Unregelmäßigkeiten nicht infrage kommen. Der Amtsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis. Der Angeklagte bat, von einer Gefängnisstrafe abzusehen, worauf das Gericht wegen übler Nachrede auf 50.— Mk. Geldstrafe erkannte.

Zwischen West und Ost.

Ein Artikel des Generaloberst von Seeckt.

Generaloberst von Seeckt veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung einen ausführlichen Artikel, in dem er sich mit der Frage beschäftigt, ob Deutschland zu einem Anschluß nach Westen oder Osten gezwungen sei. Er weist einleitend darauf hin, daß für die Frage einer West- und Ostorientierung das Verhältnis Deutschlands einerseits zu Frankreich mit Belgien, anderseits über Polen und die Tschechoslowakei zu Rußland entscheidend sei, wobei Deutschlands Verhältnis zu England, wenn auch mit Einschränkung unter dem Gesichtspunkt einer Westorientierung zu betrachten sei. Nach einer eingehenden Untersuchung über die Vorteile und Nachteile einer Westorientierung kommt Seeckt zu dem Schluß, daß eine Westorientierung für Deutschland, soweit sie überhaupt ausführbar sei, in ihrem Nutzen zweifelhaft, in ihren Folgen verderblich sei. Sie führe nicht zu dem einzigen Ziel der deutschen Politik, zu der Wiedergewinnung der Freiheit und der Souveränität. Sehe sich ein Volk wie das deutsche dauernd nicht nur in seiner wirtschaftlichen Wiedergeburt gehemmt, sondern auch in seiner nationalen Selbständigkeit durch seinen westlichen Nachbar und dessen Verbündete bedroht, so müsse die Neigung wachsen, in berechtigtem Streben nach Selbsterhaltung sie durch engeren Anschluß an den östlichen Nachbarn zu sichern. Auch solcher Anschluß berge für Deutschland in seiner jetzigen materiellen und militärischen Schwäche die Gefahr der Abhängigkeit von dem stärkeren Freund. Generaloberst von Seeckt stellt zum Schluß die Frage, ob Deutschland in dieser Lage Rettung in einer West- oder in einer Ostorientierung suchen werde, und beantwortet sie mit dem Hinweis, daß es sie in keiner von beiden finden werde. Trotz aller Gefahren, die Deutschland seine geographische Lage bringe, und gerade wegen dieser Gefahren liege Deutschlands Rettung nur in der eigenen Wiedererstarkung, die es erlaube, dem Westen und dem Osten nutzbringender Freund und jedem Friedensstörer der gefährlichste Feind zu sein.

Ein Schock Steuern.

Ohne Zölle und Monopole.

Aus den jetzt vorliegenden Etats des Reichs und Preußens ersieht man die Kompliziertheit des deutschen Steuersystems. Die Lektüre dieser beiden Etats erweist, daß es in Deutschland rund 60 Steuerarten gibt. Das Reich erhebt 39 Abgaben, nicht gerechnet die Zölle und die Einnahmen aus den Spiritus- und Zündwarenmonopolen sowie die städtischen Abgaben und andere einer Steuer ähnlichen Gebühren.

Von Reichs wegen gibt es an Besitz- und Verkehrssteuern:

Lohnsteuer,
Steuerabzug vom Kapitalertrag,
Körperschaftssteuer,
Krisensteuer,
Vermögenssteuer,
Industriesteuer,
Vermögens-Zuwachssteuer,
Erbschaftssteuer,
Umsatzsteuer
Grunderwerbssteuer,
Kapitalverkehrsteuer,
Gesellschaftssteuer,
Wertpapiersteuer,
Börsenumsatzsteuer,
Autosteuer,
Versicherungssteuer,
Totalisatorsteuer,
Lotteriesteuer,
Wechselsteuer,
Beförderungssteuer,
Obligationssteuer,
Reichsfluchtsteuer.

An Verbrauchsabgaben sind allein für den Tabak drei zu zählen: Tabaksteuer, Materialsteuer und Tabakersatzstoff-Abgabe. Weiter gibt es die Zuckersteuer, die Biersteuer, die Essigsäuresteuer, die Sektsteuer, die Zündwarensteuer, die Leuchtmittelsteuer, die Sacharinsteuer, die Mineralwassersteuer, die Branntweinsteuer, die Ausgleichssteuer auf Mineralöle, die Ledigensteuer, die Bürgersteuer, die Schenkungssteuer u. die Stempelsteuer. Ab 16. Juli kommt die Salzsteuer noch hinzu.

Nun zu den Landessteuern, von denen in Preußen vor allem die Hauszinssteuer und die Grundvermögenssteuer, sowie die Gewerbesteuer zu nennen sind. Daneben hat Preußen noch eine Reihe weiterer Steuern: die Steuer für die Gewerbeausübung im Umherziehen, die Stempelsteuer und ähnliches. In der letzten Zeit hinzugekommen ist die Schlachtsteuer. In anderen deutschen Ländern werden außerdem noch die Filialsteuer, die Wanderlagersteuer und ähnliche Steuern erhoben.

Zu den Landessteuern kommen die Steuern der Gemeinden. Die Gemeinden erheben: Vergnügungssteuern, Biersteuern, Wertzuwachssteuer, Bürgersteuer, Hundesteuer, Zuschläge zur Gewerbesteuer und zur Grundsteuer und Wanderlagersteuer. Außerdem werden vom Steueramt die Kirchensteuer und der Brandversicherungsbetrag eingezogen. Hinzu kommen, ohne daß diese Liste Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, die Beiträge für die Handels- u. die Handwerkskammer, zur Landwirtschaftskammer und zur Straßenreinigung.

Einschränkung der Krankenhauspflege.

Der Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen hat neue Richtlinien für die Verordnung der Krankenhauspflege aufgestellt. Danach soll Krankenhauspflege nur verordnet werden, wenn es sich um Operationen handelt, die im allgemeinen nur klinisch ausgeführt werden, oder wenn wegen der Natur des Leidens oder der besonderen Umstände die notwendige und ausreichende Behandlung nur in einem Krankenhaus erfolgen kann. Vor der Verordnung von Krankenhauspflege ist sorgfältig zu prüfen, ob nicht durch die Hinzuziehung eines Facharztes oder durch die Ueberweisung des Kranken in fachärztliche Behandlung die Krankenhauspflege vermieden werden kann. Gewährung von Hauspflege anstelle von Krankenhauspflege treten kann, Unterbringung im Siechenhaus bezw. Altersheim am Platze ist. Die Notwendigkeit der Krankenhauspflege ist in der Verordnung schriftlich zu begründen. Bei Erkrankungen mit plötzlicher Lebensgefahr, bei drohender Invalidität und bei übertragbaren Krankheiten, die der Behandlung bedürfen, genügt als Begründung die wissenschaftliche Krankheitsbezeichnung. Krankenhauspflege wird, von dringenden Fällen abgesehen, von der Kasse nur gewährt, wenn vor der Aufnahme ihre Zustimmung eingeholt wird.



Kunstfliegerin Rasche, die erste deutsche Seefliegerin.

Thea Rasche hat nach kurzer Schulung bei der Aero-Sportgesellschaft in Warnemünde die Pilotenprüfung für Seeflugzeuge bestanden. Die erste deutsche Kunstfliegerin ist damit auch die erste deutsche Seefliegerin geworden.

Rettung vor dem Bankerott.

Ein Rundfunkvortrag Laytons.

WTB. **London,** 18. Juli. Der englische Wirtschaftssachverständige Layton beschäftigte sich gestern abend in einem auch nach Amerika übertragenen Rundfunkvortrag mit dem Lausanner Abkommen. Es bestehe kein Zweifel, daß dieses Abkommen nicht rückgängig gemacht werden könne. Unwiderstehliche Kräfte hätten die Lösung des Reparationsproblems erzwungen. Die politischen Zahlungen hätten den finanziellen Mechanismus der Welt zerstört. Was von den Reparationen gelte, gelte auch von den Kriegsschulden. Nur durch Wiederbelebung des Welthandels und Wiederherstellung des Preisniveaus könne die Welt vor dem Bankerott gerettet werden. Wenn die Länder Europas die Vereinigten Staaten einlüden, die Kriegsschulden in demselben Geist zu behandeln, wie sie ihrerseits die Reparationen behandelt hätten, so täten sie das in der aufrichtigen Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieses Schrittes für die Wohlfahrt der gesamten Welt.





Erfahrene Kaufleute wissen

daß jegliche Umsatzsteigerung von der richtigen Auswahl der Werbemittel abhängt. Sie wissen, daß die Werbekraft der Zeitungsanzeige nicht zu übertreffen ist. Stellen Sie die „Annener Zeitung" in den Dienst Ihrer Werbung.

Die vom Fliederhaus

Roman von Gert Rothberg

(Nachdruck verboten.)

22.)

So reiste Professor Kranz am nächsten Tage ab. Mit seinem Kollegen hatte er noch eine längere Unterredung.

*

Es war an einem wunderschönen Sommermorgen! Alle Schönheit der Natur drängte sich zusammen.

Und an diesem Morgen war die Verhandlung gegen Oberförster Melenthin.

Der Verhandlungssaal in der Kreisstadt war gedrängt voll. Der Untersuchungsrichter war merklich unruhig. Er hatte sein Material so hübsch beisammen. Kommissar Schuricht war in diesen letzten Wochen in den Ruhestand getreten und befaßte sich nur noch aus Liebhaberei mit der Sache, wenn man sich so ausdrücken wollte. Amtlich hatte er nichts mehr mit den Angelegenheiten zu tun. So mußte man eben abwarten, was er eigentlich heute auskramen würde.

Und dann begann die übliche Verhandlung mit all ihrem Drum und Dran.

Mit blassem, ernstem Gesicht saß Melenthin auf der Anklagebank. Er sah keinen Menschen an, sondern starrte vor sich nieder. Er fühlte nicht die Frauenaugen, die sich mit unendlicher Liebe auf ihn richteten. Er nahm keinerlei Notiz von Irene Lindemann, deren Herz schmerzlich klopfte, als sie ihn nun wiedersah. Nur einmal blickte er auf. Das war in dem Augenblick, als Fräulein Beringer als Zeugin aufgerufen wurde.

Es zuckte im Gesicht des Mannes. Man wußte nicht, ob es Schmerz oder Verachtung war.

Und dann sagte Verene aus.

Sie sprach noch einmal von der grotesken Gestalt, die sie gesehen hatte.

Dann wurde die scharfe Stimme des Vorsitzenden vernehmbar:

„Fräulein Beringer, es klingt wie ein Märchen und ist wohl auch eins. Noch sind Sie nicht vereidigt. Ueberlegen Sie, was Sie sprechen! Gerade das Revier des Grafen von Eschweiler wurde hervorragend gepflegt, und eine Anzahl Forstpersonal war stets in den Wäldern. Es müßte doch wenigstens jemand diese Gestalt gleichfalls einmal gesehen haben. Es ist auch weit und breit nichts bekannt, daß irgendwo ein Kretin oder so etwas lebt. Vielleicht war es eben doch nur der furchtbare Schrecken, der Ihnen diese Gestalt vorspiegelte?"

„Nein, ich sah die Gestalt ganz gewiß!"

„Dann kommen wir damit nicht weiter. Sie haben nichts weiter hinzuzufügen?"

„Nein!"

Der Verteidiger erhob sich, sein Gesicht strahlte, denn soeben kam Kommissar Schuricht auf ihn zu. Und hinter ihm schritt eine sonderbare Gestalt: klein, verwachsen, mit großem Kopf und zottigem Haar.

Verene stieß einen lauten Schrei aus.

„Dort! Das — ist — die Gestalt!"

Atemlose Stille.

Das seltsame Geschöpf mit dem zottigen Haar blickte aus ein paar guten Augen auf die Menschen, die wie entgeistert zu ihm hinsahen.

„Meine Herren, hier ist der Täter! Es ist Paovo Philippi, ein Zirkuskünstler vom Unternehmen Urrden. Er liebte die Trapezkünstlerin Lelia Menori und war ihr in hündischer Treue ergeben. Die Künstlerin war verlobt mit einem Freunde des Grafen von Eschweiler. Er konnte sie jedoch nicht heiraten, solange sein Onkel, dessen Erbe er war, lebte. Inzwischen war Lelia lungenkrank geworden; der Bräutigam war in schwerster Sorge um sie. Das war vor dreizehn Jahren in Budapest. Die Artistin blieb noch immer ihrem Berufe treu und wollte nichts davon wissen, sich von ihrem Verlobten unterhalten zu lassen. Nicht einmal für ihr Kind nahm sie etwas vom Vater an. Sie mochte darin vielleicht sehr recht getan haben. Aber etwas Unerwartetes trat ein. Der Baron Gerber verunglückte auf der Jagd, und in seiner Todesstunde nahm er dem Grafen Eschweiler das Versprechen ab, für Lelia und das Kind zu sorgen.

Graf Eschweiler hat sein Wort gehalten.

Das nur nebenbei. Ich bin nicht befugt, den wahren Namen der armen Kranken zu nennen und auch nicht den Aufenthaltsort, den sie sich erwählt. Lelia Menori war selbstverständlich nur ein Künstlername.

Nun zu Paovo Phillippi!

Er war viele Jahre der Kollege der Artistin. Er liebte sie! Sie hat ihn nicht ausgelacht, sondern ab und zu seine Hand gestreichelt. Als der Baron tödlich verunglückte, erwachte eine törichte Hoffnung in ihm. Und er hat diese Hoffnung auch gegen Lelia ausgesprochen. Da wurde sie das erste Mal zornig.

„Geh, Paovo, du bist verrückt!"

Und er ging!

Aber was er bei Baron Gerber für selbstverständlich gehalten, das mißgönnte er jetzt dem Grafen Eschweiler. Er vermutete ein Liebesverhältnis zwischen den beiden und fing an, den Grafen zu hassen. Der hatte davon keine Ahnung. Dieser hatte Lelia nie geliebt, hat nur das getan, was er dem Freunde versprochen.

Merkwürdig ist dabei nur das eine: Die Artistin nahm vom Vater ihres Kindes keine Unterstützung an. Von Graf Eschweiler aber hat sie diese seit Jahren angenommen. Doch auch dafür gibt es eine Lösung: Sie liebte den Grafen, seit sie ihn das erste Mal gesehen hatte! Wäre Gerber nicht auf der Jagd verunglückt, er, der seine Braut über alles liebte, so wäre mit der Zeit sicherlich eine Tragödie daraus geworden.

Eschweiler blieb aber immer nur kühl und freundlich zu der kranken Frau, die allmählich einsah, daß sie verzichten müsse. Das hat sie nun längst getan. Sie hat nicht mehr lange zu leben; doch sie ist wunschlos und zufrieden, denn für ihr Kind wird gesorgt, wenn sie stirbt.

Paovo Phillippi ist damals nach dem Unfall des Barons Gerber noch längere Zeit mit Lelia beim Zirkus tätig gewesen. Dann war sie eines Tages fort. Und der Direktor hatte sein Wort gegeben, nicht zu verraten, wohin sie gereist sei.

Paovo war außer sich. Ueberall hat er Lelia gesucht. Endlich fand er sie. Und er mußte sehen, daß der Graf Eschweiler sie besuchte! Da hat er den unseligen Entschluß gefaßt, ihn niederzuschießen. Er ist mir freiwillig hierher gefolgt, als er in meinem Beisein von Lelia erfahren mußte, daß sie ihn nie lieben könnte — nie! Paovo Phillippi möchte seine Tat sühnen."

Totenstille!

Aller Augen hingen an dem sonderbaren, unheimlichen Menschen.

Dieser trat vor.

„Ich habe es getan! Laßt den anderen frei — er ist unschuldig! Ich habe ihn gehaßt, den großen, schönen Kerl. Er, der nur kommen brauchte, und Lelia war ihm im selben Augenblick schon verfallen. Weshalb sollte ich Gerber hassen? Ich wußte ja, daß er nur mein Leidensgenosse werden würde. Lelias Liebe gehört dem anderen! Nach mir hat sie nicht gefragt. Was nützte mich ihre Liebkosung, die sie ebenso ihrem Bruder hätte angedeihen lassen. Ich wollte mehr, mehr! Ich war auch ein Mensch mit einem heißen Herzen. Aber ich war ja nur ein Tier! ein Tier! Weil ich mein Aussehen büßen mußte. Die Leute im Zirkus haben mich verlacht, die Kollegen haben mich verlacht — nur Lelia nicht. Aber ich habe es einsehen müssen, daß das, was ich für Liebe hielt, nur Mitleid war! Was sollte mir ihr Mitleid! Liebe wollte ich, wie andere Menschen durch Liebe beglückt werden. Lelia wollte ich. Was wißt ihr denn, ihr, die ihr gleich hier über mich zu Gericht sitzen werdet, was wißt ihr, wie es im Herzen einer von der Natur gestraften Kreatur aussehen kann! Ich habe nur häßliche Menschen nicht gehaßt! Alle anderen, den Grafen Eschweiler voran, hätte ich jederzeit töten können.

Hätte ich gewußt, daß Lelia auch litt, daß der Graf sie ja gar nicht liebte, dann wäre alles anders gekommen. So aber, in meinem Wahn, mußte er eben sterben. Aber er ist nicht gestorben. Er lebt! Er lebt! Das ist gut so! Auf Ihren Gesichtern lese ich, wie sehr Sie sich wundern, daß der Kretin Paovo Phillippi deutsch spricht. Ausgezeichnet sogar! Ja, warum sollte ich es nicht können? Ich, der ich bis zu meinem sechzehnten Lebensjahre in einem hochfeudalen deutschen Schloß gefangen gehalten wurde, weil man sich des einzigen Sohnes und Erben schämen mußte. Aber meine Kinderfrau, die noch immer im Schlosse war, trotzdem mich längst zwei Lehrer erzogen hatten, die nahm mich einmal am Abend mit in einen Zirkus. Und da wußte ich, wie ich in Zukunft leben würde. Nicht mehr hinter vergoldeten Gittern — nein, in Freiheit!

So kam ich zum Zirkus.

Genug nun von mir! Meinen wahren Namen werdet ihr niemals erfahren. Paovo Phillippi bittet um seine baldige Verurteilung.

Die Zuhörer wagten kaum zu atmen.

Am Richtertisch war es, als ob die Männer dort erstarrt seien. Endlich blätterte der Vorsitzende in den Akten herum. Das war das erste Geräusch, das hörbar wurde. Halb mitleidig, halb voll Grauen blickten die Menschen noch immer auf den Mann, der ruhig dastand. Seine schönen Augen musterten gleichgültig die Umgebung.

Am Richtertisch sprachen die Männer miteinander; dann verkündete der Vorsitzende mit lauter Stimme, daß die Verhandlung abgebrochen würde. Paovo Phillippi sei in Haft zu behalten. Ob und wann man ihn verurteile, müsse zuerst beschlossen werden. Der Oberförster Melenthin sei sofort aus der Haft zu entlassen. Da das Material gegen Phillippi von einem der fähigsten deutschen Beamten zusammengetragen worden sei, wäre der Angelegenheit unbedingt Glauben zu schenken. Daraufhin sei also der bisher Verdächtigte sofort zu entlassen.

Zwei Wachtmeister traten an Phillippi heran. Er schüttelte nur mit dem Kopfe und lächelte.

„Nicht anrühren, bitte! Ich komme schon!"

Ruhig ging er zwischen den beiden Männern hinaus.

Das Publikum stand noch unter dem Eindruck einer unerhörten Erschütterung. Langsam entfernte es sich.

Irene Lindemann hatte den Arm um Verene Beringer gelegt.

„Kommen Sie, Verene!"

Oberförster Melenthin, von seinem Verteidiger und einer Menge anderer Herren freudestrahlend umringt, blickte auf die beiden schlanken Gestalten. Ein merkwürdiger Zug lag auf seinem Gesicht. Er wußte durch seine Tante, daß Irene Lindemann die Kinder im Forsthause wie eine Mutter versorgte. Daß die Kinder dafür nun auch an ihr hingen wie die Kletten.

(Fortsetzung folgt.)

Der freiwillige Arbeitsdienst

Eine Verordnung der Reichsregierung.

Berlin, 18. Juli.

In einer Verordnung hat die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst neu geordnet. Den Gegenstand und Zweck bezeichnet die Verordnung mit den Worten: „Der freiwillige Arbeitsdienst gibt den jungen Deutschen die Gelegenheit, zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamem Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und sich zugleich körperlich und geistig-sittlich zu ertüchtigen."

Nach dem Inhalt der Verordnung müssen die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemeinnützig und zusätzlich sein; sie dürfen nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheiten auf dem freien Arbeitsmarkt führen.

Träger der Arbeiten

sind öffentliche Körperschaften oder sonstige Vereinigungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen. Diesen wird es auch obliegen, für das Vorhandensein von geeigneten Arbeiten zu sorgen. Als Träger des Dienstes kommen neben den Trägern der Arbeit die Vereinigungen in Betracht, die sich in besonderem Maße für die Betreuung der Arbeitswilligen eignen

Die Arbeitsdienstwilligen

genießen die Vorteile der Sozialversicherung und des Arbeitsschutzes. In erster Linie sollen junge Deutsche unter 25 Jahren bedacht werden, und zwar von diesen wieder besondere Arbeitslose, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Daneben kommen aber auch Nichtarbeitnehmer in Betracht.

Um eine möglichst einfache und sparsame Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes sicherzustellen, werden die für diesen Zweck bereitstehenden Reichsmittel und Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einheitlich zusammengefaßt und verwaltet. Um die einheitliche Leitung zu gewährleisten, wird die Reichsregierung einen Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsminister untersteht, ernennen.

Der Reichskommissar wird von Bezirkskommissaren unterstützt. Als Reichskommissar ist der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, in Aussicht genommen. Ein neuer Behördenapparat wird nicht geschaffen. Vielmehr stehen die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung. Das nähere wird durch eine Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers geregelt, die in Kürze erscheint.

Mit der Verordnung verbindet die Reichsregierung die folgende Erklärung:

Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 16. Juli dem freiwilligen Arbeitsdienst eine neue Verfassung gegeben. Sie behält sich vor, diese entwicklungsfähige und förderungswürdige Einrichtung unter Berücksichtigung der kommenden Erfahrungen weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten. Das Gutachten wird der Oeffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.

•

Erläuterungen des Reichsarbeitsministers.

Reichsarbeitsminister Schäffer gab im Rundfunk eine Erläuterung zu dieser Verordnung. Er hob die Gemeinnützigkeit und die Zusätzlichkeit der Arbeit besonders hervor. Der Arbeitsdienst erstreckt sich auf Arbeiten, die sonst weder jetzt noch in absehbarer Zeit vorgenommen werden könnten. Der Zweck ist Verminderung, nicht Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Beispiele für die gedachten gemeinnützigen und zusätzlichen Arbeiten sind: Die Anlage und Verbesserung von Dorfstraßen, Feld- und Waldwegen, die Ausrichtung kleiner Flußläufe, Befestigung und Schutz der Ufer von Bächen und Flüssen, Gewinnung und Verbesserung von Boden durch Kultivierung von Moor und Heide für Acker- und Gartenbau, Zuschüttung von Sümpfen und Altwässern, Aufforstung von Oedländern, ferner Abräumungsarbeiten zur Erschließung von Steinbrüchen, Kies- und Sandgruben, Planierung und Urbarmachung von Siedlungsgelände u. a. m. Notstandsarbeiten als solche sieht im allgemeinen nicht Gegenstand des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Als Träger der Arbeit, die für die finanzielle und technische Durchführung aufkommen, eignen sich vorzüglich die öffentlichen Körperschaften, also die Länder für die Forstwirtschaft, die Provinzen für ländliche Siedlung und Wasserwirtschaft, die Landkreise für die Verkehrsverbesserung, Stadt- und Landgemeinden für gemeinnützige Maßnahmen in ihrem Bereich, besonders für die Herrichtung von Siedlung- und Kleingartenland. Träger der Arbeit können auch Genossenschaften sein. Als Träger der Arbeit haben sich auch bewährt konfessionelle Organisationen und charitative Verbände. Beteiligt sind auch die Jugend- und Sportverbände, Jungmänner- und Gesellenvereine. Fast ein Drittel aller Arbeiten haben diese Verbände als Träger selbst durchgeführt.

Der Arbeitsdienst ist freiwillig, die Verordnung übt keinen Zwang aus. Es wird nicht einmal leicht, alle Anwärter unterzubringen.

Die arbeitsdienstliche Gemeinschaft gibt Rechte, insbesondere den Anspruch auf Unterhalt. Sie begründet aber auch Pflichten, insbesondere die der selbstlosen Einordnung. Von jedem Dienstwilligen wird völlige Hingabe an die Idee der freien Gemeinschaft gefordert, in der es keine Knechte und keine Herren gibt. Die Gemeinschaft steht unter dem Gesetz der Ehre.

Es wird keine neue Organisation ins Leben gerufen. Für den Dienst werden die Einrichtungen der Reichsanstalt zur Verfügung gestellt. Damit wird aber der Dienst nicht Bestandteil der Reichsanstalt. Daher ist es möglich, nicht nur die Empfänger von Unterstützungen in den Dienst aufzunehmen. Er steht besonders auch Studenten und Bauernsöhnen offen. Berücksichtigt werden in der Hauptsache, die Arbeiterklassen unter 25 Jahre. Für volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten kann die Dauer der Förderung bis zu 40 Wochen verlängert werden. Für volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten können den Arbeitsdienstpflichtigen Gutschriften für Siedlungszwecke erwirkt werden. Reich und Reichsanstalt stellen bis jetzt im ganzen 55 Millionen RM. bereit.

Der Minister schloß mit dem Bewußtsein, daß man mit dem Arbeitsdienst allein das deutsche Schicksal nicht meistern könne. Die Führer in der Wirtschaft und im Staate werden auch weiterhin auf Mittel und Wege sinnen, dem wirtschaftlichen Niedergang ein Ende zu machen und den Wiederaufstieg vorzubereiten.

Verkoppelungsaktion im Getreideverkauf

Futtergemisch: Inlandsgerste und Auslandsroggen.

Berlin, 18. Juli.

Im Interesse der bäuerlichen Veredelungswirtschaft und gleichzeitig zur Entlastung des Gerstenmarktes in den inländischen Ueberschußgebieten wird nunmehr die bereits angekündigte Verkoppelungsaktion von Inlandsgerste und Auslandsroggen durchgeführt. Die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft wird bis auf weiteres Inlandsgerste in Verkoppelung mit den noch vorhandenen Beständen an Auslandsroggen frachtfrei Vollbahnstation oder frei Hafen des Mästers liefern. Der Abgabepreis für eine Tonne Gerste plus eine Tonne Roggen beträgt zusammen 320 RM., wovon auf die Gerste ein Betrag von 170 RM., auf den Roggen von 150 RM. entfällt. Der Durchschnittspreis für das Futtergemisch stellt sich also auf 160 RM. je Tonne. Damit ist ein Preis erreicht worden, der vom Standpunkt des Verbrauchers auch als günstig bezeichnet werden kann.

Um für die Zeit des ersten Verkaufsdrucks den Absatz des inländischen Futtergetreides nach Möglichkeit zu fördern, wird der Kaufvertrag so gestaltet, daß die Gerste sofort, d. h. Juli-August 1932, der Roggen aber erst Dezember 1932-Januar 1933 geliefert wird.

•

17 933 Kleinsiedlerstellen.

Berlin, 18. Juli.

Mit den bis zum 15. Juli 1932 neubewilligten Kleinsiedlerstellen ist deren Gesamtzahl nunmehr auf 17 933 Stellen in 223 Gemeinden gestiegen. Die Gesamtzahl der bewilligten Kleingartenstellen beträgt rund 51 000 in 285 Gemeinden.

Im Zeichen des Wahlkampfes.

Dr. Dingeldey in Kottbus.

cnb. **Kottbus,** 18. Juli. (Eig. Meld.) In einer Kundgebung der Deutschen Volkspartei sprach hier Dr. Dingeldey. Er führte u. a. aus, daß jetzt wieder eine neue Etappe des unablässlichen Ringens um die Freiheit des deutschen Volkes erreicht sei. Das Ergebnis von Lausanne ist ein Beweis dafür, wie unendlich schwer es ist, die Front der Gegner Deutschlands zu durchbrechen. Das Lausanner Ergebnis kann uns Deutsche ganz gewiß nicht befriedigen. Nicht ein völliges Ende mit den Tributen ist gemacht worden, wie es Mussolini mit den Worten „Schwamm drüber" gefordert hatte, sondern man hat versucht, mit allen Mitteln advokatischer Kniffe, mit allen Mitteln der gerissensten Diplomatie auf neuen Wegen und in neuen Formen von Deutschland neue Leistungen zu erhalten. Dr. Dingelden erkannte an, daß wirtschaftlich ein ungeheurer Fortschritt mit dem Lausanner Abkommen erzielt worden sei. Er hielt es aber für falsch, auf dieser Konferenz mehrere Ziele zugleich zu verfolgen, da dann leicht keines der Ziele erreicht werden könnte. Das Hineinwerfen der beiden großen Ehrenfragen, der Kriegsschuldlüge und der Rechtsgleichheit in Wehr- und Rüstungsfragen, war falsch. In der kommenden Zeit der Ungewißheit, ob der Vertrag überhaupt ratifiziert werde oder nicht, sei es die dringendste Aufgabe der deutschen Regierung, diese beiden großen Ehrenfragen zu einem für Deutschland günstigen Ergebnis zu führen. Deutschland habe keine Veranlassung, sich mit der Ratifizierung des Lausanner Abkommens zu beeilen. Der Redner wandte sich dann den innerpolitischen Fragen zu und fragte besorgt, ob das deutsche Volk in der Lage sei, den Freiheitskampf zum Erfolg zu führen, wenn es sich im Bruderkampf zerfleische.

Dr. Dingeldey stellte fest, daß es falsch war, die Nationalsozialisten nicht zur Verantwortung heranzuziehen. Er wandte sich aber scharf gegen die Alleinherrschaft einer Partei.

Eine Wahlrede Dr. Hugenbergs.

Nationalismus muß heute revolutionär sein.

cnb. **Mülheim-Ruhr,** 18. Juli. (Eig. Meld.) Auf einer deutschnationalen Jugendkundgebung auf der Rennbahn Raffelberg hielt Dr. Hugenberg heute nachmittag eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Er habe, selbst auf die Gefahr hin, seiner Partei damit zu schaden, 1929 im Kampfe um den Young-Plan, der damals noch kleinen nationalsozialistischen Partei die Hand gereicht. Deutscher Nationalismus müsse den Vorrang vor deutschem Individualismus haben. Das sei der Satz, in dem er mit dem Nationalsozialismus völlig übereinstimme. Aber man wolle nicht den deutschen Individualismus vernichten. Täten wir das, fuhr Hugenberg fort, so würden wir auf den Lippen die Worte „Deutschland, Deutschland über alles" in Wirklichkeit Deutschland zerstören. Das sei der Punkt, wo sich der Weg der Deutschnationalen scheide. Bei der Lösung der geschichtlichen Aufgabe, die innere nationale Einheit des deutschen Volkes zu schmieden, marschierten die Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten. Es werde ein hohes politisches Verdienst Hitlers sein, wenn es ihm gelinge, die Massen innerlich umzukneten. Mehr und mehr steige aber bei den Deutschnationalen eine schwere Sorge auf. Sie müssen sich um des Vaterlandes Willen mit den Nationalsozialisten auseinandersetzen und mit rücksichtsloser Kraftanstrengung das ihrige tun um die gefürchtete Entwicklung nicht Tatsache werden zu lassen. Darum müsse er auch in dem Wahlkampf die Deutschen bitten, nicht nationalsozialistisch, sondern deutschnational zu wählen. Es widerspreche innerstem deutschen Wesen, einem einzelnen Menschen alle Macht geben zu wollen. Die Deutschnationalen lehnten diese Ziele ab. Sie stellten ihnen eine Fülle fruchtbarer praktischer Pläne und Forderungen entgegen. Der Redner erklärte zum Schluß: Wir wollen bei aller Beherrschtheit die Träger nationalrevolutionärer Jugendkraft sein. Es gibt für uns keinen parlamentarischen Ehrgeiz, keine Ministerfeilscherei. Die Jugend sei ein Teil der Notgemeinschaft des deutschen Volkes. Dafür müsse sie von der älteren Generation verlangen, daß deren Politik ihr nicht die Zukunft, Arbeit, Eigentum und Familie nehme. Der Sozialismus nehme ihr diese Zukunft. Die Aufbauarbeit der DNVP. wolle sie ihr geben.

•

Minister a. D. Dietrich über die politische Lage.

Zur Reparationsfrage bemerkte in Weinheim an der Bergstraße der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, daß zwar Dr. Brüning und er während der Lausanner Verhandlungen aus außerpolitischen Gründen geschwiegen hätten, jetzt aber könne er sagen, daß nach seiner Meinung es für die deutsche Delegation in Lausanne nur ein energisches Nein hätte geben dürfen. Das wichtigste Ergebnis der Lausanner Verhandlungen sei, daß die Reichsbahn und die Reichsbank jetzt frei geworden seien.

Der Westfälische Landbund zu den Reichstagswahlen.

Der Westfälische Landbund erläßt folgenden Aufruf:

Durch den Sturz des Kabinetts Brüning und die unabhängig von den Parteien erfolgte Berufung des Kabinetts von Papen ist der Systemwechsel eingeleitet.

Die Landwirtschaft ist in der Nachkriegszeit im wesentlichen das Objekt der marxistischen Klassenpolitik gewesen. Die Grabsteine der Zwangsversteigerungen reden in dieser Beziehung eine unmißverständliche Sprache. Die völlig unrentabel gewordenen und zum großen Teil trotz noch immer erhöhter Produktionskosten weit unter dem Friedenspreis liegenden Verkaufspreise namentlich für die Erzeugnisse der Veredelungswirtschaft zeigen, wie der Weg immer tiefer in die Katastrophe geführt hat. Das alles ist geschehen, obwohl auf der deutschen Landwirtschaft das Schicksal der deutschen Gesamtwirtschaft ruht, das zumal heute mit dem Gedeihen der Landwirtschaft steht und fällt.

Nach allem ist auch bei den kommenden Reichstagswahlen mit allen Mitteln der Kampf aufzunehmen und fortzuführen, der die Erhaltung und Errettung der Scholle sichert. Das im Westfälischen Landbund zusammengeschlossene westfälische Landvolk wird daher auch an dem schicksalsschweren Tage der neuen Reichstagswahl seine Stimme nur den Parteien geben, die den Kampf gegen das bisherige System rücksichtslos und bis aufs letzte führen. Nur so kann auch die Grundlage geschaffen werden für eine Reichsführung, die nur die eine Richtschnur kennt:

Deutsche Ehre, deutsche Freiheit und deutsche Macht.

Severing in Kiel.

cnb. **Kiel,** 18. Juli. (Eig. Meld.) Der preußische Innenminister Severing sprach heute hier in einer großen Wahlversammlung. Unter Hinweis auf die blutigen Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern in den letzten Wochen bedauerte es der Minister, daß heute von einem geistigen Ringen der Parteien um die Wähler nicht mehr die Rede sein könne. Die Sozialdemokratie wolle keine Köpfe rollen lassen, sie wolle die Köpfe öffnen und nach ihren politischen Gegnern bestrebt sein, den besten Weg ausfindig zu machen, der das deutsche Volk wieder zur Freiheit führe. Sie wolle den Volksfrieden. Aber wie sie bereit sei, sich bei einem Angriff von außen zur Verfügung zu stellen, so werde sie sich auch vor die innerpolitischen Errungenschaften stellen. Am 31. Juli handele es sich um die Frage, ob die Fundamente der Republik weiter bestehen oder zerstört werden sollen. Eine Ablösung der heutigen Regierung durch die Nationalsozialisten würde das Ende der politischen Freiheit bedeuten. Gegenüber dem Wort vom Wohlfahrtsstaat betonte der Minister, daß die Sicherung und Existenz des deutschen Reiches auf seinem Wohlfahrtscharakter beruhe. Wenn ihm diese Grundlage entzogen werde, dann bestehe die Gefahr seiner Vernichtung. Der Klassenkampf müsse beseitigt werden, aber zuerst müssen die Klassen der Ausbeuter und der Ausgebeuteten beseitigt werden.

Kundgebung der Eisernen Front in Magdeburg.

cnb. **Magdeburg,** 18. Juli. (Eig. Meld.) Die Leitung der Eisernen Front hat für den Wahlkampf drei Riesenkundgebungen vorgesehen. Zwei haben bereits stattgefunden, die eine in Frankfurt-Main, die andere in Dortmund. Die letzte Kundgebung fand gestern in Magdeburg statt. Die einzige Rede hielt der sozialdemokratische Reichstagsspitzenkandidat des Wahlkreises 10, Bundesführer des Reichsbanners, Höltermann. Er führte etwa folgendes aus:

Im Angriff und durch den Angriff ist die Eiserne Front zur Einheitsfront der deutschen Arbeiterschaft geworden. Die deutschen Arbeiter haben die schwere Last des Krieges getragen, des Krieges, den sie nicht wollten, den sie nicht geführt, den sie nicht verloren haben. Die deutschen Arbeiter haben nach dem Kriege ihren politischen Gegnern die Möglichkeit der friedlichen demokratischen Zusammenarbeit gegeben. Es waren nicht die deutschen Arbeiter, die in den schweren innen- und außenpolitischen Krisen der Nachkriegszeit den Kopf verloren haben, nicht in der Inflation, nicht im Ruhrkampf. Es sind nicht die deutschen Arbeiter, die in der Wirtschaftskatastrophe, die seit Jahr und Tag Deutschland bis in seine Grundfesten erschüttert, die Nerven verlieren. Getragen von ihrem Zukunftsglauben, erfüllt von dem Bewußtsein ihrer großen geschichtlichen Mission, steht die deutsche Arbeiterschaft bereit zum Einsatz, bereit zur Aufhebung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Millionen zur Arbeitslosigkeit verurteilt, die das kostbarste Gut der Nation, die Arbeitskraft, nicht zu nutzen und zu verwerten weiß. Die Flucht der für den Zusammenbruch verantwortlichen wirtschaftlich herrschenden Schicht des Bürgertums in die Organisation des Nationalismus, das ist der Anfang vom Ende der privatkapitalistischen Herrschaft. Dem Bürgertum ist der Glaube an die eigene Kraft verloren gegangen. Fort mit der privatkapitalistischen Herrschaft.

Nach einer kurzen Kritik der Reichsregierung Papen sagte Höltermann weiter: Die deutsche Arbeiterschaft steht geschlossen und geeint in dem einen Willen, **Deutschland aus dem Chaos einer völligen Wirtschaftskatastrophe** hinüberzuführen in eine bessere Zukunft. Wir wissen, am 31. Juli ist der Kampf nicht beendet, ist die Zeit der Ernte noch nicht gekommen. Noch heißt es rüsten zu neuen Kämpfen.

Sofort nach der Kundgebung auf dem Domplatz wurde ein großer aus vier Gruppen bestehender Demonstrationszug gebildet, der unter dem Zeichen des Losungswortes: „Freiheit" stand.

Wahlrede Göbbels' in Wittenberge.

cnb. **Wittenberge,** 18. Juli. (Eig. Meld.) Im Stadion fand gestern mittag eine öffentliche Kundgebung der NSDAP. statt, in der der Berliner Gauleiter Dr. Göbbels das Wort nahm. Er führte u. a. aus, mit der Aufhebung des Uniform- und SA.-Verbotes und der Auflösung des Reichstages allein sei es nicht getan, wenn man nicht den Mut finde, die Macht so anzuwenden, daß der Rote Terror auf der Straße gebrochen werde. Man soll nicht glauben, daß die Geduld der Nationalsozialisten unerschöpflich sei. Der Nationalsozialismus habe Deutschland in zwei Lager geteilt, die sich unterscheiden nach Charakter und Leistung. Die anderen hätten 14 Jahre lang an die Feigheit appelliert, der Nationalsozialismus 12 Jahre an den Heroismus. Heroismus und Feigheit müssen sich im Entscheidungskampf messen. Am 31. Juli habe das Volk die Entscheidung in der Hand.

Unter den Teilnehmern der Kundgebung sah man auch den neuen mecklenburgischen Ministerpräsidenten Granzow und den mecklenburgischen Staatsminister Scharff.

•

Der nationalsozialistische Antrag gegen Dr. Weiß zurückgezogen.

Der von der nationalsozialistischen Fraktion des Preußischen Landtags eingebrachte Antrag, der sich mit der Ehefrau des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß beschäftigt, ist, wie der Preußische Pressedienst der NSDAP. mitteilt, zurückgezogen worden. Am 14. Juli hat der Fraktionsführer an den Landtagspräsidenten Kerrl folgenden Brief gerichtet:

„Heute früh erhalte ich vom Büro des Landtags die neuesten Drucksachen zugesandt und finde darunter auch den Urantrag Nr. 573. Ich bedauere die Einreichung dieses Urantrages in der vorliegenden Form. Ich habe den Antrag vorher nicht gesehen, mißbillige es aber, daß man die Ehefrau des Polizeivizepräsidenten von Berlin in den politischen Kampf hineinzieht. Als Fraktionsführer ziehe ich den Antrag zurück. Ich bitte, dem Hauptbüro des Landtags das Erforderliche mitzuteilen."

Fraktionsführer Kube hat, wie weiter mitgeteilt wird, Maßnahmen getroffen, daß in Zukunft Anträge nur mit seiner Gegenzeichnung eingereicht werden können.

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth spricht in Schramberg.

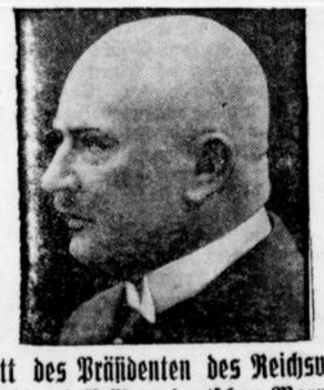
cnb. **Schramberg,** 18. Juli. (Eig. Meld.) Auf einer Kundgebung der Zentrumspartei erklärte Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, der sehr heftige Angriffe gegen die Regierung von Papen richtete, die Reichsregierung trage voll und ganz die Verantwortung für das Lausanner Abkommen. Ebenso seien diejenigen, die die Regierung Brüning unterminiert hätten, nicht davon frei zu sprechen. Der Sturz Brünings habe sehr viel politisches Vertrauen bei Männern und Frauen zerstört. Alle bisherigen Regierung hätten sich ehrlich bemüht, der Reichswehr zu geben, was ihr gebühre. Aber die neuesten Vorkommnisse hätten jedes Vertrauen zu den maßgebenden Führern der Reichswehr genommen. Die Aufgabe des Zentrums sei nicht leicht. Aber sie werde gelöst werden. Wie die Zentrumspartei mit Bismarck fertig geworden sei, so werde sie auch mit Hitler fertig werden. Im übrigen gab Reichskanzler a. D. Dr Wirth ein Treuegelöbnis für das Vaterland und seine glückliche Zukunft.

•

Politische Zusammenstöße in und bei Kempten.

wtb. **Kempten** (Allgäu), 18. Juli.) Zu schweren politischen Zusammenstößen ist es gestern abend im Vorort Kottern gekommen. Als die Nationalsozialisten auf einem Marsch durch das Bezirksamt nach Kottern kamen, waren dort bei der Tierzuchthalle von den Kommunisten Barrikaden errichtet worden. Oelfässer und Käsekisten waren quer über die Straße gelegt. Die Nationalsozialisten wurden mit Steinwürfen empfangen. Sämtliche Scheiben der Lastwagen wurden eingeworfen. Gendarmerie und Polizei zog blank und ging gegen die Kommunisten vor, die gezwungen wurden, die Barrikaden selbst wegzuräumen.

Am Königsplatz in Kempten, wo eine Kundgebung der Nationalsozialisten stattfand, kam es neuerdings zu einem Zusammenstoß. Die Kommunisten bewarfen die Nationalsozialisten mit Steinen. Polizei ging mit dem Gummiknüppel vor und nahm Verhaftungen vor.



Rücktritt des Präsidenten des Reichsverbands für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts.

Von Zitzewitz—Weedern,

der langjährige Präsident des Reichsverbandes für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts, der obersten Organisation und Instanz für den deutschen Turniersport, die Halbblutrennen und die Warmblutzucht, hat sein Amt niedergelegt. Zitzewitz ist einer der bekanntesten deutschen Pferdezüchter und bleibt auch weiterhin Vorstandsmitglied der pferdesportlichen Verbände Ostpreußens.

Die Berliner Rothschilds lösen ihr Bankhaus auf.

Uebernahme durch die Reichs-Kredit-Gesellschaft.

Berlin, 18. Juli.

Ein altes Berliner Bankhaus, das aus der Dynastie der Frankfurter Rothschilds hervorgegangen ist, stellt jetzt seine Tätigkeit ein. Es handelt sich um die Firma von Goldschmidt-Rothschild u. Co., Möhrenstr. Nr. 58-59, die sich seit 1888 mit der Vermögensverwaltung beschäftigt und auch zur Industrie weitreichende Verbindungen hat. Das Bankgeschäft wird von der staatlichen Reichs-Kredit-Gesellschaft übernommen.

Zu den Kunden des Bankhauses von Goldschmidt-Rothschild u. Co. gehört nur ein kleiner Kreis Auserwählter, deren Vermögen dort verwaltet wird. Die Inhaber stehen noch heute in Beziehungen zu den Rothschildschen Finanzgruppen in Paris, London und Wien. Das Haus in Berlin galt immer als besonders zahlungskräftig und trat an der Börse stets als Geldgeber auf.

Jetzt wollen sich die Inhaber vom laufenden Geschäft zurückziehen und überlassen die Firma völlig der Reichs-Kredit-Gesellschaft, mit der sie schon seit langem zusammen arbeiteten. Das Bankhaus Goldschmidt-Rothschild ist in den Aufsichtsräten verschiedener Gesellschaften der Genußmittel-Industrie vertreten. Dazu gehören namentlich die Zigarettenfabrik Manoli, die Zigarettenfirma Neumann und die Löwenbrauerei Böhmisches Brauhaus, Beziehungen bestehen überdies zu der Rasierklingenfabrik Roth-Büchner. Die Inhaber des Bankhauses bleiben auch weiterhin in den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften.

Der Berliner Firma stand das Potsdamer Bankhaus Max Marcus Nachfolger nahe. Auch hier springt die Reichs-Kredit-Gesellschaft mit einer Kommandit-Beteiligung ein; das Potsdamer Bankgeschäft wird im übriger von seinen bisherigen Leitern unverändert weitergeführt.

Das Personal der Goldschmit,Rothschild-Bank besteht aus 45 Angestellten, die teils von der Reichs-Kredit übernommen, teils mit Abwicklungsarbeiten beschäftigt werden.

Neue Sensation um Kreuger.

Weitere aufsehenerregende Ueberraschungen.

Stockholm, 18. Juli.

In der Kreuger-Angelegenheit sind in den nächsten Tagen aufsehenerregende Ueberraschungen zu erwarten. Die Abendzeitungen „Allehanda" sowie das der Regierung nahestehende Blatt „Svenska Morgenbladet" richten eine scharfe Kritik gegen das Verhältnis des früheren schwedischen Außenministers Rechtsanwalt Löfgren zum Kreuger-Konzern.

Löfgren hat während seiner Ministerzeit im Auftrage von Ivar Kreuger die Richtlinien zur Emission Participating Debentures ausgearbeitet, einer neuen Aktienform, wodurch eine bedeutend niedrigere Versteuerung erreicht wurde und somit dem schwedischen Steuerfiskus bedeutende Einnahmen entgingen. Für die juristische Beratung in dieser Angelegenheit soll Löfgren von Kreuger ein Honorar von 200 000 Kronen erhalten haben. Die ihm angebotene Bezahlung in Debentures soll er abgelehnt haben.

Die Stockholmer Blätter lassen durchblicken, daß noch andere Ueberraschungen zu erwarten sind und daß der frühere Außenminister Löfgren seine Vertrauensämter in der Liberalen Partei in Verbindung mit den oben genannten Vorgängen niedergelegt hat.

Der frühere schwedische Außenminister Rechtsanwalt Löfgren weist entschieden die Anschuldigungen zurück. Sein Honorar für mehrjährige Tätigkeit beim Konzern habe 35 000 Kronen betragen und hierfür habe er zum großen Teil jetzt wertlose Kreuger-Debentures gekauft. Während seiner Amtszeit als Außenminister habe er kein Honorar entgegengenommen.

Einbruch im Elternhaus.

Der Sohn eines Generaloberſten überfällt seine Mutter.

Berlin, 17. Juli. Ein Einbruch, dessen sensationelle Begleitumstände die tieferen Ursachen einer Familientragödie darstellen, wurde bei der Witwe des Generaloberſten von H. verübt.

In der Wohnung der Frau von H. am Kaiserdamm war nachts ein Einbrecher mit Nachschlüsseln eingedrungen. Er durchsuchte die Wohnung nach Wertsachen, aber durch den Lärm wachte Frau von H. auf und eilte herbei, um nach der Ursache des Geräusches zu sehen. Auf dem dunklen Korridor traf Frau von H. auf den Einbrecher, aber bevor sie noch irgend etwas unternehmen konnte, wurde sie zu Boden geschlagen und blieb halbbetäubt und mit schweren Kopfverletzungen liegen. Inzwischen gelang es dem Einbrecher, die Wohnung zu verlassen.

Erfolg hatte die Kriminalpolizei, als sie sich mit der Aufklärung des Falles beschäftigte. Frau von H. konnte eine ungefähre Beschreibung der Statur des Eindringlings geben, und es wurden nun auf Grund gewisser Verdachtsmomente Nachforschungen angestellt, die ein überraschendes Ergebnis zeitigten. Der Einbrecher war — der Sohn der Frau von H., der in der Köthenerstraße wohnt und dort von der Polizei festgenommen wurde. Er war nachts in die Wohnung eingedrungen und hatte seine Mutter, als er von ihr überrascht wurde, niedergeschlagen und verletzt. Es scheint, daß der Sohn unter fremdem Einfluß gehandelt hat, der so stark war, daß alle Hemmungen fielen. Er hat früher schon Anzeichen geistiger Störungen merken lassen. Seine Aussagen vor der Polizei waren derartig wirr, daß er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Nervenklinik der Charité eingeliefert wurde

Die geretteten Schwalben.

München, 18. Juli. Im Herbst des vorigen Jahres hatte sich bekanntlich ein Schwarm von Schwalben auf ihrer Reise nach dem Süden verspätet. Man hatte sie in Oesterreich in halberfrorenem Zustand aufgelesen. Um nun die Schwalben vor dem sicheren Tode zu retten, hatte man sie damals mit dem Flugzeug von Wien nach Italien gebracht. Der Tierschutzverein hatte dann das Schicksal dieser Vögel verfolgt. Man hatte die aufgelesenen Schwalben mit Ringen versehen. An Hand dieser Erkennungszeichen konnte man nun feststellen, daß zahlreiche dieser geretteten Vögel in Bayern wieder eingetroffen waren. Da nun die Schwalben bekanntlich in jedem Sommer in dieselbe Gegend zurückkehren, weiß man heute, daß die verunglückten Schwalben in ihrer Mehrheit aus Bayern stammten. Jedenfalls kann man mit Befriedigung feststellen, daß die Rettungsaktion für die Schwalben völlig geglückt ist.

Die österreichische Tragödie.

Anschlußverzicht bis 1952.

Die Annahme des Protokolls für die neue Anleihe Oesterreichs, die im Völkerbundsrat vollzogen wurde, ist eine glatte Kapitulation, zu der Oesterreich von seinen Gläubigern, in erster Linie von Frankreich, gezwungen worden ist. Der verzweifelte Kampf unseres Brudervolkes um den letzten Rest seiner Selbständigkeit ist vorüber, seine Niederlage ist besiegelt, es hat seine finanzielle, wirtschaftliche und außenpolitische Selbständigkeit preisgeben müssen für eine Gegenleistung, deren Wert höchst problematisch ist; und die Schlußszene dieses tragischen Kampfes ist noch besonders verdüstert worden durch das Bild der völligen Isolierung, in der sich Oesterreich in dieser Schicksalsstunde befand.

Die Unterzeichnung des Protokolls der Finanzhilfe für Oesterreich, hat in der Wiener Oeffentlichkeit starke Erregung verursacht. Man ist sich darüber klar, daß Oesterreich auf zwanzig Jahre hinaus seine Finanz-, Handels- und außenpolitische Staatshoheit aufgegeben hat, um einer Hilfe willen, die keinesfalls ausreicht, um die latenten Schwierigkeiten zu beheben.

Von den 300 Millionen sind bisher 220 Millionen Schilling gesichert, von denen außer den 100 Millionen für die Konvertierung des englischen Kredits noch 90 Millionen für die Forderung der BJZ. an die österreichische Notenbank abgehen, so daß also nur 40 Millionen an neuen Mitteln eingehen werden. Daher kann auch eine Aufhebung oder Lockerung des Transfer-Moratoriums nur von einer entscheidenden Besserung der Währungslage abhängig gemacht werden. Auf Warenschulden soll die Devisensperre aber nicht ausgedehnt werden.

Eine besondere Verschlechterung gegenüber den Anleihebedingungen von 1922 wird darin erblickt, daß von nun an der Völkerbundsrat über alle Anleihefragen mit Stimmenmehrheit entscheiden kann. Dadurch ist Deutschland von den österreichischen Fragen weitgehend ausgeschaltet.

Nach der ersten Erschütterung über den Ausgang der Genfer Anleiheverhandlungen haben die Finanzsachverständigen sich daran gemacht, festzustellen, was eigentlich der Gewinn aus all den Opfern ist, die Oesterreich nun in bindender Form auf sich genommen hat, und unter denen der Verzicht auf eine selbständige Außenpolitik, die Preisgabe jeder Anschlußbestrebung an Deutschland bis zum Jahre 1952 am sichtbarsten im Vordergrund steht. In Genf ist von 300 Millionen gesprochen worden, aber von dieser Summe geht der weitaus größere Teil gar nicht erst in die Hände Oesterreichs, sondern wird zur Rückzahlung von Vorschüssen verwendet, die Oesterreich von England und von der BJZ. erhalten hat, und so bleibt ein tatsächlicher Anleihebetrag von einigen Millionen Schilling, die noch dazu durch die fiktiv aufrechterhaltene alte Goldparität des Schillings um einen beträchtlichen Teil seines Nominalwertes verringert wird. Es ist weniger als ein Linsengericht, für das Oesterreichs Selbständigkeit in Genf verschachert wurde, und der französische Shylock kann aus den internationalen Verhandlungen der letzten Wochen einen neuen Triumph buchen, er hat Oesterreich so fest in Sklavenketten gebunden, daß der Triumph der französischen Finanzpolitik dem Donaustaate gegenüber vollkommen ist.

Trauer und Empörung über das Genfer Ergebnis spiegelt der Widerhall in den Stimmen aller politischen Lager Oesterreichs. Die Regierung Dollfuß muß damit rechnen, daß ihre an sich schon außerordentlich schmale parlamentarische Basis nicht ausreichen wird, um den Ansturm zu überstehen, der wegen des Anleihevertrages in der Volksvertretung gegen sie losbrechen wird, und es scheint fast fraglich, ob sie sich bei dieser entscheidenden Auseinandersetzung auch nur auf ihre eigenen Anhänger wird verlassen können.

Aber auch uns in Deutschland erscheint dieser Genfer Abschluß bitter und peinlich zugleich, da wir uns leider sagen lassen müssen — ob mit Recht oder Unrecht, ist im Augenblick nicht zu entscheiden —, die Interessen des österreichischen Brudervolkes nicht genügend vertreten, die Hoffnung auf deutsche Verbundenheit und Hilfe bitter enttäuscht zu haben. Gewiß ist diese Wiener Meinungsäußerung zu kraß, denn Deutschland kann finanziell die Mittel zur Hilfe bei der eigenen schweren Not selbst nicht aufbringen, andererseits kann es aber auch nicht die Verantwortung des völligen finanziellen Zusammenbruchs durch Ablehnung des französischen Angebots übernehmen. Deutschland befand sich in einer äußerst prekären Lage bei der Abstimmung, in die es nur durch die unerbittliche und starre Haltung Frankreichs gezwungen wurde. Die Verhältnisse waren stärker als der gute Wille.

*

Die österreichische Presse spiegelt mit Einschluß der linksstehenden Blätter das Bedauern darüber wider, daß der reichsdeutsche Vertreter im Völkerbundrat nicht gegen das Anleiheprojekt gestimmt hat statt sich der Stimme zu enthalten. Das einzige Blatt, das die neuen politischen und finanziellen Bedingungen nicht mit entschiedener Schärfe kritisiert, ist die christlich-soziale „Reichspost". Die Großdeutschen „Wiener Nachrichten" erklären dagegen, daß Oesterreich hinfort zur Kolonie herabgewürdigt sei.

Auch die Vertragsklausel, daß Oesterreich die Anleihe vor dem Ende der Laufzeit zurückzahlen kann, wird nur von der „Reichspost" als eine reale Hoffnung betrachtet. Das Blatt glaubt, daß es mit Hilfe Deutschlands gelingen werde, die politischen Fesseln schon früher zu beseitigen.

*

Zu den währungspolitischen Bestimmungen des Lausanner Protokolls wird von maßgebender österreichischer Seite erklärt, daß eine Abwertung des österreichischen Schillings nicht beabsichtigt sei.

*

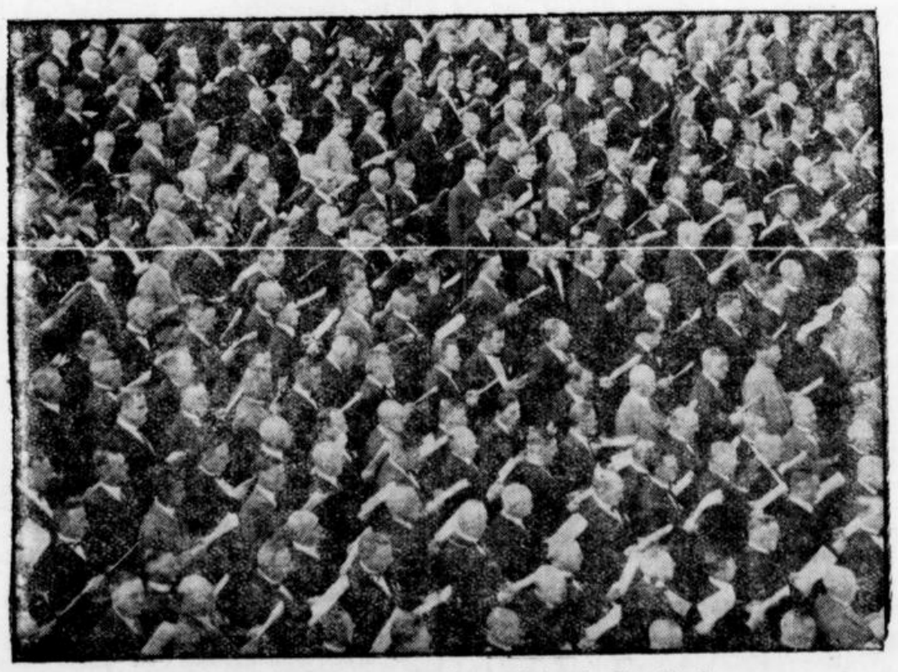
Deutschlands Stimmenthaltung.

Zu der Stimmenthaltung Deutschlands bei der Abstimmung über die österreichische Anleihe in Genf wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt: Die einzige Hilfe, die Oesterreich vor einem völligen finanziellen Zusammenbruch retten könne, sei eine Anleihe. Diese habe wegen ihrer Höhe nicht von einem einzigen Lande, sondern nur vom Völkerbund gegeben werden können. Da Frankreich mit einem erheblichen Anteil an der Anleihe beteiligt sei, sei nichts anderes übriggeblieben, als die französischen Bedingungen anzunehmen.

Als Protest gegen die scharfen Bedingungen habe Deutschland, um Oesterreich nicht finanziell zusammenbrechen zu lassen, sich der Stimme enthalten, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß es das Genfer Protokoll von 1922 absolut nicht anerkenne. Die Entscheidung, ob die Anleihe zustande komme, hänge nun vom Oesterreichischen Nationalrat ab. Um Oesterreich seinen guten Willen zu zeigen, habe Deutschland sich bereit erklärt, ihm von sich aus einen weiteren Kredit zu gewähren, dessen Höhe noch nicht feststeht.



Camilla Horn und Willy Fritsch in dem Ufa-Tonfilm „Der Frechdachs" (Produktion: Alfred Zeisler)



Zu der Heerschau des Deutschen Liedes in Frankfurt.

Wohl 100 Sänger sind auf diesem Bild, aber das wird nur ein Ausschnitt aus dem gewaltigen Chor sein, der in Frankfurt a. M. bei dem 11. Sängerbundesfest die schönen alten deutschen Lieder zum Vortrage bringen wird. Das Bundesfest, zu dem aus allen deutschen Gauen die Freunde des Liedes und des Gesanges herbeiströmen werden, wird in den Tagen vom 21. bis 24. Juli abgehalten.

Gerüchte über den früheren Kaiser.

Koburg, 18. Juli. Vor einiger Zeit berichtete die holländische Zeitung Het Vaterland, daß der frühere deutsche Kaiser beabsichtige, nach Deutschland zurückzukehren. Er solle bereits in Verhandlungen mit den Bergmannschen Erben (Allgemeine Elektrizitätswerke Bergmannsche Erben in Berlin-Reinickendorf) über den Erwerb des Schlosses Hohenfels bei Koburg stehen. Wie auf Anfrage bei dem Hofmarschall des früheren Kaisers in Doorn mitgeteilt wird, entbehren diese Gerüchte jeder Begründung.

Launen des Blitzes.

Die schwülheißen Tage zogen gerade über das Küstengebiet der Nordsee mehrfach schwere Gewitter zusammen. Grelle Blitze zuckten über den dunklen Himmel, dumpf rollend oder laut prasselnd folgten die Donnerschläge. Der Blitz schlug ein, tötete Menschen und Vieh, fuhr in die Häuser und setzte dort Brand oder riß im kalten Schlag Türme auf. Aber nicht wahllos, sinnlos scheint er einzuschlagen, er treibt sein Spiel, toll und ernst.

In Lieth bei Hemmingstedt schlug der Blitz in das Haus eines Kaufmannes Hardenberg. Er nahm seinen Weg vom Dach in eine Kammer, ging hier in eine Lampelkuppel, in den Leitungsdraht, der sofort schmolz, zu einer Kugelbüchse hinüber. In dem Lauf der Büchse goß der Blitz aus dem Metall des Leitungsdrahtes eine Kugel, vierteilte den Schaft der Büchse und entwich durch die Wand. Früher hätte man gesagt, der Teufel sei am Werk gewesen.

In Heide saß ein Kaufmann in seinem Kontor, als ein schweres Gewitter heraufzog. Da hörte er ein paar Zimmer weiter seine beiden Kinder aus Angst vor Blitz und Donner weinen. Er ging hin, um sie zu trösten und ihnen zu sagen, wie dumm es sei, vor einem Gewitter Angst zu haben. Da erschütterte ein furchtbarer Schlag das Haus. Als der Kaufmann in sein Kontor eilte, fand er es vollkommen demoliert. Aus der Decke waren dicke Steinbrocken auf den Platz gefallen, an dem er soeben noch gesessen hatte. Auf diese Weise war er dem Tod entronnen.

Genau wie es Häuser und Plätze gibt, in die es oft einschlägt, und andere, die nie vom Blitz heimgesucht werden, so gibt es, scheint's, auch Menschen, die wahre Anziehungspunkte für Blitze sind. Ein solcher Mensch war der englische Major Sommerfeld, der schließlich auch einem Blitze zum Opfer fiel. Den ganzen Krieg überstand er ohne eine Verwundung. Aber 1918, kurz vor Schluß des Krieges, erwischte ihn auf einer Patrouille der Blitz. Fast vier Jahre brauchte er, um sich von der Lähmung zu erholen. Er wollte nichts mehr mit dem Militär zu tun haben und kaufte sich ein Landgut. Einmal brannte sein Gut infolge eines Blitzschlages nieder, er selbst wurde etwas später vom Blitz erschlagen, als er seine Felder besichtigte. Aber der Tod scheint seine Anziehungskraft auf den Blitz nur noch gestärkt zu haben. Man errichtete dem Major ein schönes Grabmal, der Blitz zerstörte es. Anfang dieses Jahres setzte man ihm ein zweites Grabmal, aber auch das wurde vom Blitz vernichtet. Der Volksglaube sagt, der Blitz schlüge nie in eine Linde, darum pflanzte man eine junge Linde auf das Grab. Die „Anziehungskraft des Majors" auf den Blitz war stärker als der Volksglaube. Ein Kugelblitz zersplitterte die Linde. Nun will man eine flache Platte auf das Grab legen und hofft so, endlich die unheimliche Verbindung zwischen Sommerfeld und dem Blitz zu lösen.

Alle diese Dinge lassen sich mit unserer Kenntnis der physikalischen Gesetze nicht erklären. Verborbene Kräfte der Erde harren hier noch der Klärung, denn es wäre leichtfertig, eine derartige Serie von Blitzschlägen auf einen Menschen, lebendig und tot, mit dem Zufall erklären zu wollen.

Lustige Ecke

— **Verständlich.** Im Tonfilm beugt sich einer vor und sagt: „Madamken, sind Se so freundlich, und setzen Se ihren Hut runter; ik möchte jern och sehen, wat ik höre."

„Vastah ik", entgegenete die Angeredete, „aber dann jeben Se mich wat von Ihre Käsestulle ab; ik möchte jern och schmecken, wat ik rieche."

— **Eine Ueberraschung.** Astronom (zu seiner jungen Frau): „Meine herzlichste Gratulation zu deinem Geburtstage, liebes Weibchen, und eine besondere Ueberraschung habe ich für dich!"

Frau (gespannt): „Wirklich?"

„Ja, denke dir, diesen Abend neun Uhr elf Minuten findet eine totale Mondfinsternis statt!"

— **Kindermund.** Klein Lieschen wird von ihrer älteren, heiratslustigen Schwester gefragt, welches Lied in der Kirche gesungen wurde. Sie antwortet:

„Großer Gott, verlobe mich!"

— **Vom Regen in die Traufe.** Auf einer Gesellschaft fragt ein Herr einen Arzt, ob er ihm empfehle, im Interesse seiner Galle nach Karlsbad zu reisen.

„Ja", antwortet der Arzt.

Am nächsten Ersten erhält der Herr vom Arzt eine Rechnung von 10 Mark für die Konsultation.

Als der Empörte auf der Straße einem befreundeten Rechtsanwalt begegnet, erzählt er ihm den Fall und fragt: „Hat der Arzt wirklich das Recht, für diese Frage 10 Mark zu liquidieren?"

„Jo!" entwortet der Anwalt.

Am nächsten Ersten erhält der Frager von dem Anwalt eine Liquidation von 20 Mark für Beantwortung einer Rechtsfrage.

— **Der Dienstmann.** Marxl Taussig in Prag bestellt sich ein Schnitzel. Das Schnitzel schmeckt ihm nicht. Draußen steht ein Dienstmann.

Marxl winkt dem Dienstmann und heißt ihn, das Schnitzel zu essen.

Der Dienstmann vertilgt das Schnitzel, wischt sich den Bart und spricht: „Bittäh — macht sechs Kronen — meine Taxe."

— **Kunststück . . .** Lieschen ist entschieden gegen das Waschen. Nur nach vielen Versprechungen gelingt es der Mutter, sie morgens unter die Brause zu bringen.

Als kürzlich die Oma auf Besuch ist und zu der Kleinen sagt: „Nein, Lieschen, du bist aber gewachsen!", meint da die Kleine tränenden Auges:

„Kunststück, wo mich Mutti jeden Tag so doll begießt!"

— **Verschönerung.** Der kleine Fritz: „Warum legst du denn Rot auf deine Backen, Tante?" — „Damit ich hübsch bin." — „Und warum bist du trotzdem nicht hübsch?"

Für eine Kuh 58,25 Mark.

Eine Kuh im Werte von 300—320 Mark, die einem Mitgliede aus dem Kreise Hameln-Pyrmont gehörte, stürzte eines Tages und erlitt eine Lungenverletzung. Infolgedessen mußte die sonst kerngesunde Kuh geschlachtet und auf der Freibank verwertet werden. Die Abrechnung des städtischen Schlachthofes sah wie folgt aus:

Schlachtgewicht	132 kg	
Verworfen wurden	32 kg	
Verkauft	141 kg a 0,60 ℳ =	84,60 ℳ
An Unkosten entstanden:		
Freibankgebühren	7,05 ℳ	
Kühlhausgebühren	8,— ℳ	
Zerlegen und Verkauf des Fleisches	8,— ℳ	
Bekanntmachung (Zeitung)	2,50 ℳ	
Wiegegebühren	0,80 ℳ	26,35 ℳ
		58,25 ℳ

Der Landwirt erhielt also für eine Kuh von gesundem Fleisch im Gewichte von fast 3½ Ztr. den kümmerlichen Betrag von 52,25 ℳ.

Wie soll da ein Landwirt noch kaufkräftig und steuer- und zinszahlungsfähig sein?!

Ein Messerheld überfällt ein Mädchen

Gefaßt und verprügelt.

Als sich eine 12jährige Schülerin aus Falkendiek bei Herford von einem Schulausflug auf dem Heimweg befand, wurde es auf der Kreisstraße an einer einsamen Stelle von einem Manne angefallen, gewürgt und in ein Kornfeld geschleppt, wo der Unhold unter Drohungen versuchte, das Kind zu vergewaltigen. Das Mädchen war aber so geistesgegenwärtig, daß es den Burschen bat, doch lieber mit in den nahen Wald zu gehen. Darauf ging der Unhold auch ein, das Mädchen fest an der Hand haltend. Als sie nun an einer Besitzung vorbeikamen, rief das Mädchen laut: „Der Kerl will mich tot machen", worauf Leute herbeieilten. Der Täter flüchtete jetzt, konnte aber in einem Kornfeld versteckt gefunden werden. Noch bevor die Polizei erschien, erhielt er eine ganz gehörige Tracht Prügel. Es handelt sich um einen 43jährigen Kaufmann aus Herford. Er führte ein langes, feststehendes Messer, ein Rasiermesser, drei Taschenmesser, Dietrich und Blendlaterne bei sich.

Blitz schlägt in ein Wohnhaus.

Drei Todesopfer.

Kattowitz, 18. Juli.

Während eines Gewitters im Kreise Bielitz schlug der Blitz in ein Wohnhaus in Chocznia bei Waldowitz und tötete den Dorflehrer und seine 14jährige Tochter. Die Frau des Lehrers erlitt vor Schreck einen Herzschlag und verstarb nach wenigen Minuten. Der Lehrer hatte mit seinem Kinde in der Nähe des Funkgerätes gesessen, das nicht geerdet war. Wahrscheinlich ist auf diese Weise das Unglück hervorgerufen worden. Durch den Blitzschlag war auch das Wohnhaus vollkommen niedergebrannt.

*

Unwetter in Niederösterreich.

Im niederösterreichischen Wald-Viertel hat ein stundenlanger Hagelschlag eine Ueberschwemmung verursacht. Sämtliche Bäche der ganzen Gegend traten über ihre Ufer und überschwemmten vierzehn Dörfer. In Oberösterreich wurde durch einen Blitzschlag die Leitung der elektrischen Bahnstrecke Bad Ischl—Hallstatt zerstört, so daß der Eisenbahnverkehr eine längere Unterbrechung erlitt.

Opfer wilder Stiere.

Vier Personen schwer verletzt.

Paris, 18. Juli.

In Avignon rissen sich vier Stiere, die in die Stierkampfarena gebracht werden sollten, von ihrer Führern los und stürzten sich mit gesenkten Hörnern auf die Menschenmenge, die panikartig flüchtete.

Vier Personen wurden von den wildgewordenen Stieren zu Boden geworfen und durch Stöße mit den Hörnern so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die Stiere konnten schließlich abgestochen werden.

Künstlicher Schnurrbart

Die kommende Herrenhaartracht.

Eine ahnungslose internationale Männerwelt gibt sich der Illusion hin, daß über ihre weitere Zukunft, daß über ihr und der Angehörigen Glück und Schicksal in Lausanne oder Genf oder Ottawa entschieden wird. Lebensferne Tore! Weitaus bedeutsamere und schwerwiegendere Entschlüsse sind eben auf einer anderen Konferenz gefaßt worden, die man leider mit der unserer Zeit so eigenen Oberflächlichkeit nicht in genügendem Maße beachtet hat.

Die Jahresversammlung der Wiener Friseurgenossenschaft hat eine Bestimmung getroffen, der auch wir übrigen Mitteleuropäer, die wir nicht die Seligkeit und das Glück haben, zu den allewig walzenden Wienern zu gehören, auswirken wird. Das kahle Männergesicht — haben die Figaros von Wien hart aber gerecht entschieden — paßt nicht mehr in unsere Zeit. Man kann keiner Frau zumuten, einen Mund zu küssen, der sich durch nichts, aber auch nichts von dem eigenen unterscheidet. In Zukunft soll und muß der Menjou-Schnurrbart über den Mundwinkeln jedes Mannes sitzen, der Wert darauf legt, zu dieser Gattung gerechnet zu werden.

Allerdings, und daran sieht man die wahre Lebenskunst und die kultivierte Einsicht der Haargärtner aus Wien, paßt dieser Schnurrbart nicht in alle Lebenslagen. Nein, er paßt eigentlich nur zum Abendanzug. Im Geschäftsleben ist das glattrasierte Gesicht stilvoller und zweckentsprechender. Also kam die Devise heraus: Zum Smoking trägt der Herr nur den Menjou-Schnurrbart. Praktisch denken sich die Wiener die Durchführung so, daß sich der elegante Mann eben nach 19 Uhr einen künstlichen Schnurrbart auf die Oberlippe pappt. Einfach und bequem und schön dazu.

Europas Männerwelt ist natürlich beglückt ob dieser Neuerung. Nur eine Besorgnis stellt sich ein: Muß der Schnurrbart unter allen Umständen und ganz und gar schwarz sein? Für blonde Teutonen etwas peinlich. Aber die Wiener werden sicherlich noch Ausführungsbestimmungen herausgeben.



Tumultszenen während der Zwangsversteigerung bei der „Mutter der Kriegsblinden".

Das Ueberfallkommando fährt während der Zwangsversteigerung von der Villa von Ihne vor, um bei den Tumultszenen einzugreifen.

Oben rechts: Frau von Ihne, die „Mutter der Blinden".

Eine Wohltäterin in Not.

Zwangsversteigerung bei der „Kriegsblindenmutter".

In der Viktoriastraße 12, einem vornehmen Hause des alten Berliner Westens am Tiergartenrand, sollte, wie wir schon mitteilten, dieser Tage eine merkwürdige Zwangsversteigerung stattfinden. Nicht nur die Kunstsammler interessierten sich für diese Versteigerung. Das tragische Schicksal der Bewohnerin dieses Hauses löste Mitleid aus. Die Hausbewohnerin, die sich zu dem schweren Schritte einer Zwangsversteigerung entschließen entschließen mußte, ist die Witwe des im Weltkrieg verstorbenen Baumeisters des Kaisers, des Oberhofbaurats Ernst v. Ihne. In ganz Deutschland aber kennt man Frau von Ihne als eine Wohltäterin der Menschheit. Sie hat sich nach dem Kriege der Kriegsblinden mütterlich angenommen und in ihrem geräumigen Hause eine Kriegsblindenbibliothek, die erste in der Welt, von 7200 Bänden eingerichtet. Diese Bücherei steht einzig da in Deutschland.

Die vielen Kriegsblinden verehren Frau von Ihne als ihre mütterliche Freundin. Sie können auf die Bibliothek ihrer Wohltäterin nicht verzichten. Frau von Ihne betreut aber auch ein Blindenheim, das sie der Bibliothek angegliedert hatte. In der Inflationszeit verlor die „Kriegsblindenmutter" fast ihr gesamtes Vermögen. Nur die kostbaren Kunstschätze, die ihr Gatte seinerzeit sammelte, verloren nicht ihren Wert. Frau v. Ihne mußte sich einschränken und wehrte sich tapfer gegen das über sie hereinbrechende Verhängnis. Ihre vielen Freunde versicherten ihr immer, daß man ihr — vielleicht sogar von seiten des Staates — aus ihren finanziellen Schwierigkeiten heraushelfen würde.

Das Haus Viktoriastraße 12, das der Reichskunstrat in einem Gutachten als Denkmal deutscher Wohnkultur bezeichnet hat, hatte zu Lebzeiten des kaiserlichen Baumeisters einmal gute Tage gesehen. Der Kaiser frühstückte gern und oft bei seinem Hofarchitekten. Im Laufe der Zeit hatte Herr von Ihne Gemälde, Plastiken und Kunstgewerbegegenstände hauptsächlich aus Italien zusammengebracht. Seine Gemahlin, eine geborene Italienerin, stand ihm dabei sehr zur Seite. Als im vorigen Jahre Italiens Außenminister Grandi in Berlin weilte, führte er die alte Frau von Ihne zu Tisch. Um nicht in Not zu geraten, mußte Frau von Ihne vor einiger Zeit mit einem großen Kunsthaus in Verbindung treten. Sie erhielt damals für die Kunstschätze im Werte von einer halben Million einen größeren Vorschuß, mußte aber später von dem Vertrag wieder zurücktreten. Aus diesen Verhandlungen erwuchsen Forderungen des Kunsthauses an Frau von Ihne. Ein Teilbetrag von 40 000 Mark soll jetzt eingeklagt werden. Aus diesem Grunde wollte man zur Zwangsvollstreckung schreiten.

Die „Kriegsblindenmutter" haben diese Dinge hart mitgenommen. Während in ihrem Hause „kunstverständige" Menschen (u. a. stahlen sie einen silbernen Kronleuchter, ein Geburtstagsgeschenk Ernst v. Ihnes an seine Gattin) ein- und ausgingen, liegt sie, eine gebrochene Frau, in ihrem Zimmer. Die Freunde haben ihr im entscheidenden Augenblick doch nicht geholfen. Staat und Stadt standen abseits, und es galt, die Gläubiger zu befriedigen. Undankbarkeit gegen eine edle Wohltäterin der Menschheit — ein schlechter Geschmack bleibt auf der Zunge zurück. Die Kriegsblinden fühlen, daß hier einer tapferen Frau bitteres Unrecht geschieht.

Die Zwangsversteigerung wurde nicht durchgeführt. Nachdem eine Lampe für 75 Mark versteigert worden, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und Protesten, die das Eingreifen der Polizei notwendig machten. Eine Anzahl von Auktionsteilnehmern gab ihrer Empörung über diese Versteigerung durch laute Zurufe Ausdruck und einzelne gingen schließlich sogar zu Tätlichkeiten über. Einige Käufer wurden mit Stühlen beworfen. Die Polizei nahm sechs Personen fest, die der Nationalsozialistischen Partei angehören sollen. Als darauf die Auktion fortgesetzt werden sollte, traf ein Aufhebungsbeschluß des Landgerichts ein, und die Versteigerung wurde abgebrochen.

Es ist dringend zu hoffen, daß es bei diesem Beschluß bleibt, und daß die Schuld von 40 000 Mark auf eine andere Weise als durch die Zerstreuung all des wertvollen Besitzes ausgeglichen wird.

*

Keine Hilfe für Frau von Ihne.

Berlin, 18. Juli. Das Schicksal der Villa der Frau von Ihne ist noch völlig ungewiß. Heute hat Frau von Ihne ein Schreiben des Reichsinnenministers von Gayl erhalten, in dem ihr mitgeteilt wird, daß ihrem Antrag auf Sanierung und Gewährung einer Pension aus finanziellen Gründen nicht entsprochen werden kann. Diese Absage ist gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit einer finanziellen Hilfe durch den preußischen Staat, da das preußische Finanzministerium Frau von Ihne seinerzeit mitgeteilt hatte, daß der Staat sich an einer Hilfsaktion beteiligen werde, falls das Reich etwas unternehmen würde. Zu den Schulden, die zu dem Antrag auf Zwangsversteigerung führten, ist noch eine neue Sorge insofern getreten, als ein Bankhaus, das einen Zwischenkredit von 45 000 Reichsmark hypothekarisch auf dem Grundstück eintragen ließ, jetzt die Rückzahlung fordert und gleichfalls mit Zwangsversteigerung des Grundstücks droht.

Politische Schießerei in Dortmund.

Auf der Mengederstraße in Huckarde kam es, wie die Polizei mitteilt, zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Auf dem Rückmarsch von dem Versammlungslokal aus Huckarde wurden 25 Nationalsozialisten, die zum größten Teil uniformiert waren, und von 11 Schutzpolizeibeamten begleitet wurden, überfallen. Als der Zug auf der Mengederstraße, in der Nähe der Kokerei der Zeche Hansa, war, ertönte ein Hornsignal. Gleich darauf setzten aus den anliegenden Häusern der Mengederstraße sowie aus der Lilienthalstraße die Steinwürfe auf die Nationalsozialisten und die begleitenden Polizeibeamten ein. Daraufhin wurde von den Nationalsozialisten geschossen. Die Schüsse wurden aus den Häusern der Kommunisten erwidert. Nunmehr griffen auch die Schutzpolizeibeamten zu ihren Pistolen. Es wurden ungefähr 50—60 Schüsse gewechselt. Bei der Schießerei ist niemand getroffen worden. Durch die Steinwürfe wurden ein Nationalsozialist am Kopf und ein Polizeiwachtmeister verletzt. Die Nationalsozialisten wurden ungefähr eine halbe Stunde nach diesem Vorfall von den Polizeibeamten nach Waffen durchsucht. Hierbei wurden vier Nationalsozialisten festgenommen. Drei Nationalsozialisten führten einen Revolver bei sich. Die Nationalsozialisten wurden der politischen Polizei zugeführt. Außerdem wurde von der Schutzpolizei auf der Mengederstraße eine Reihe von Haussuchungen vorgenommen. Alle Häuser, aus denen der Angriff auf die Nationalsozialisten und die Polizeibeamten erfolgte, wurden nach Waffen durchsucht. De Durchsuchung förderte eine Pistole, einen Trommelrevolver, mehrere Totschläger und Gummischläuche, einen kleinen vollkommen verrosteten Dolch und eine Holzlatte zutage. 13 Personen die in dringendem Verdacht stehen, sich an dem Angriff auf die Nationalsozialisten beteiligt zu haben, wurden festgenommen.

Provinz-Nachrichten

wtb. **Langenberg,** 18. Juli. (Der am Langenbergersender festgenommene Kommunist aus der Haft entlassen.) Der im Zusammenhang mit der Schießerei am Langenberger Sender verhaftete Kommunist ist aus der Haft entlassen worden, nachdem sich seine Anwesenheit in Langenberg als harmlos herausgestellt hat.

Osnabrück, 18. Juli. (Fünf Revolverschüsse einer Eifersüchtigen.) Auf dem Schloßwall spielte sich ein aufregender Vorfall ab. Ein junges Mädchen, das von dem Geliebten verlassen worden war, hatte erfahren, daß sich der Treulose mit einer anderen Dame treffen wollte. Das Mädchen hatte auch den Ort erkundet und begab sich ebenfalls dorthin. Als es sah, wie der ehemalige Bräutigam mit der neuen Braut zusammen war, wurde es von Eifersucht ergriffen. Es zog einen Revolver und gab fünf Schüsse auf das Paar ab, die aber alle fehlgingen.

Essen, 16. Juli. (Ueberfallen und beraubt.) In den Mittagsstunden des Freitag wurde ein Laufbursche der Firma Schleifing in Königsteele auf der Dahlhauser Kreuzung von einem unbekannten Burschen mit vorgehaltener Pistole seiner einkassierten Gelder in Höhe von 160 Mark beraubt. Der Täter bat den Laufburschen zunächst um Feuer für eine Zigarette. Während ihm das Feuer gereicht wurde, zog er eine Pistole und hielt sie dem ahnungslosen Laufburschen entgegen. Gleichzeitig entriß er ihm einen ledernen Beutel mit dem Gelde. Im gleichen Augenblick sprang sein Komplice aus dem Straßengraben, worauf beide die Flucht ergriffen und unerkannt entkommen konnten.

Leverkusen, 19. Juli. (Ehrung Prof. Dr. Carl Duisbergs.) In Anerkennung seiner großen Verdienste für die Volksgesundheit wurde dem Geh. Regierungsrat Professor Dr. Carl Duisberg die silberne Staatsmedaille verliehen. Aus dem gleichen Anlaß wurde Prof. Dr. H. Hörlein-Wuppertal-Elberfeld die Staatsmedaille in Bronze überreicht.

Köln, 19. Juni. (Die Beute der Zollbeamten im Monat Juni.) Im Landesfinanzamtsbezirk Köln wurden während des Monats Juni bei der Bekämpfung des Schmuggels folgende Waren beschlagnahmt: 500 000 Zigaretten, 10 000 Heftchen Zigarettenpapier, 2618 kg Rauchtabak, 8230 kg Kaffee, 7600 kg Getreide, 11 000 kg Müllereierzeugnisse, 1900 kg Brot, 17 300 kg Zucker. Ferner wurden 159 Fahrräder, 19 Kraftwagen und sechs Krafträder sichergestellt.

Aachen, 19. Juli. (Drei Römergräber entdeckt.) In Aachen-Forst auf dem Gelände, wo die Stadtrandsiedlungen gebaut werden, stießen bei Ausschachtungsarbeiten die Arbeiter auf drei vollkommen unberührte Römergräber. Im Beisein des Museumsdirektors wurden die Gräber, die aus der Zeit des 2. Jahrhunderts stammen müssen, geöffnet. Man fand zahlreiche Grabbeilagen, die dem Aachener Museum zugeführt wurden.

Saarbrücken, 19. Juli. (Brand in der Scheune eines Landwirts. — Die Tochter als Brandstifterin?) In Bliesen brach auf merkwürdige Weise in der Scheune des Landwirts Charl ein Brand aus, der aber sofort gelöscht werden konnte. Die 19jährige Tochter des Landwirts wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

Patentbericht

Mitgeteilt vom Patent-Bureau O. Wohlhaupt, Berlin N 31, Brunnenstraße 41.

5c, 9. 555 800. F. W. Moll Söhne, Witten a. d. Ruhr. Nachgiebiger eiserner Polygonausbau für Bergwerke. Zus. z. Pat. 513 282. 16. 10. 30. M. 138.30.

21a. 1 224 249. Wickmann-Werke Akt.-Ges. Witten-Annen. Antennenabspannvorrichtung mit Blitzschutzgerät. 17. 6. 32. W. 9416.

Geschäftliches.

Vom „Schutzverband für Wertreklame E. V. E." Berlin, wird uns folgedes mitgeteilt:

In der letzten Zeit werden wiederholt von zugabegegnerischer Seite unrichtige Mitteilungen über den Inhalt der am 10. Juni ds. Jrs. in Kraft getretenen Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 9. März 1932 verbreitet. Die Verordnung vom 9. März 1932 enthält kein Zugabenverbot, sondern schafft lediglich eine gesetzliche Regelung für das Angebot, die Ankündigung und die Gewährung von Zugaben. Vor allen Dingen ist es nach der Bestimmung im § 1 Ziffer e), die in der amtlichen Begründung ausdrücklich als die wichtigste in der Verordnung bezeichnet wird, nach wie vor erlaubt, Zugaben anzubieten, anzukündigen und zu gewähren, wenn der Käufer auf Wunsch an Stelle der Zugabe einen festen, von vornherein ziffernmäßig zu bezeichnenden Barbetrag erhalten kann.

Die vielfach verbreitete Behauptung, daß bereits der einzelne Gutschein als Zugabe anzusehen und demnach gemäß § 1 Ziffer e) der Verordnung mit einem Barbetrag zu bewerten ist, wird in zwei Fällen vom Reichsjustizministerium ausdrücklich als unrichtig bezeichnet. Der Herr Reichsjustizminister hat bei dieser Gelegenheit unter Hinweis auf den klaren Wortlaut der Verordnung erklärt, daß eine Barbewertung oder Barauszahlung des einzelnen Gutscheins nicht erforderlich ist, sondern daß die Barauszahlung immer nur dann vorgenommen zu werden braucht, wenn die zum Bezug eines einzelnen Zugabe-Gegenstandes erforderliche Gutscheinanzahl vorgelegt wird.

Gewinnauszug
4. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche (265. Preuß.) Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag — 14. Juli 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 279354
2 Gewinne zu 10000 M. 209030
2 Gewinne zu 5000 M. 387503
4 Gewinne zu 3000 M. 59518 265813
14 Gewinne zu 1000 M. 63480 143550 241125 282276 292937 327875 337576
24 Gewinne zu 800 M. 4755 10697 14313 35370 135047 221232 242630 299942 330313 355067 371605 382615
56 Gewinne zu 500 M. 10153 28588 48607 56131 71952 81020 89128 90559 94602 101274 133026 133907 175382 178398 179934 183489 202211 204725 208058 221060 237515 244090 255444 270888 276519 296276 394063 396034

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 170835 366038
6 Gewinne zu 5000 M. 91526 159539 354805
4 Gewinne zu 3000 M. 138288 227713
14 Gewinne zu 2000 M. 1130 72312 128124 207279 276104 334997 387264
34 Gewinne zu 1000 M. 37792 66083 88838 102594 159135 159692 240395 280406 284937 293565 308590 343224 353978 366161 377149 385792 389264
48 Gewinne zu 800 M. 8759 23763 24051 32100 51277 90784 94353 95677 103554 109839 135651 217385 237091 247601 253354 268806 276431 315482 328253 335576 339192 350976 359191 390600
60 Gewinne zu 500 M. 19156 20678 42694 53417 61644 80576 122218 156093 159303 210508 241930 253955 258132 283461 299734 300280 317442 336369 340906 343534 351097 364642 378429 378493 378893 384235 389228 390129 391612 392639

Die Ziehung der 5. Klasse der 39. Preußisch-Süddeutschen (265. Preußischen) Staatslotterie findet vom 8. August bis 12. September 1932 statt.

Unsere Notverordnung: Nur den Humor nicht verlieren! Das predigen die Fliegenden Blätter auf jeder Seite, mit jeder Zeile ihrer wöchentlich erscheinenden Hefte und diese Devise (sie hat Weltwährung und darf auch über alle Grenzen!) ist heute so wichtig, daß jeder die lustigen Geschichten, Anekdoten, Glossen und Satiren dieses altbewährten Familienwitzblattes wöchentlich lesen und sich an ihnen erheitern soll.

Die Fliegenden sind nicht politisch, aber aktuell. Sie wollen alle erheitern und auch die Fragen des Tages betrachten, aber durch die Brille ihres Humors und ihrer satirischen Einstellung. In Reim und Prosa, in Wort und Bild bringen sie auf diese Weise die Beute ihrer fröhlichen Ausflüge ins tägliche Leben vor ihre Leser und bereiten ihnen damit Stunden reiner, harmloser Freude.

Auch Rätsel jeder Art bringen sie und schließlich die allbeliebten Preisaufgaben, die selbständig denkenden Lesern und Lösern immer wieder schöne Geld- und Bücherpreise vermitteln.

Wer die Fliegenden liest, hat Freude, Ablenkung, Unterhaltung und Anregung!

Das Abonnement auf die Fliegenden Blätter kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt entgegen, ebenso auch der Verlag „Fliegende Blätter" in München, Möhlstr. 34. Die seit Beginn eines Vierteljahres bereits erschienenen Nummern werden neuen Abonnenten auf Wunsch nach geliefert.

Dr. Goebbels im Rundfunk.

Berlin, 18. Juli. Auf der Deutschen Welle sprach am Montagabend der Nationalsozialist Dr. Goebbels über „Nationalcharakter als Grundlage der nationalen Kultur". Die Rede wurde auf alle deutschen Sender, mit Ausnahme des bayerischen, übertragen. Goebbels begann mit der Feststellung, daß der Nationalsozialismus keine Partei sei im alltäglichen Sinne dieses Wortes, sondern eine Bewegung mit dem Ziel, das ganze deutsche Volk zu gewinnen.

„Wir wollen," so fuhr Goebbels fort, „eine verantwortliche, dem deutschen Volkscharakter entsprechende Politik betreiben. Zum Charakter gehört etwas Klugheit und viel Mut. Der Charakter ist jedem Kompromiß abhold. Deshalb wurde der demokratische Parlamentarismus charakterlos, weil er auf dem politischen Kompromiß beruht. Je meinungsloser ein Mann ist, desto besser scheint er er in den demokratischen Gleichheitswahn zu passen. Der Nationalcharakter des deutschen Volkes hatte einmal einen festen Umriß, mit dem sich die Welt als einer unabänderlichen Tatsache abfinden mußte. Aber die große staatsgeschichtliche Idee eines völkischen Selbstbehauptungswillens wurde überwuchert von rechnerischem Verstand, und an die Stelle des großen Staatsmannes ist der Syndikus und der Gewerkschaftssekretär getreten."

Goebbels setzte sich dann mit dem Liberalismus auseinander, den er als geistig längst überwundene Vergangenheit bezeichnete. „Der Geldmann kann zu Not noch international sein, denn das Geld ist an keine Scholle gebunden Der Bauer aber ist an seinen Hof gebunden, der Arbeiter seiner Maschine verpflichtet. Beider Schicksal ist mit dem des Landes und Volkes, dem er angehört, auf Tod und Leben verbunden. Darum hat man zum Volk in seiner Sprache und in seinem Stil geredet, und man hat das Wunder erlebt, daß mit Durchsetzung der neuen Volksidee auch allmählich und ohne Befehl ein neuer Volksgeist und ein neuer Volkscharakter zum Durchbruch kam. Er kommt in allem zur Erscheinung: dem breiten Holzschnittstil der Plakate, der leidenschaftlichen, heißbewegten Sprache der nationalsozialistischen Zeitungen und Flugblätter, der hinreißenden Wucht der Massendemonstrationen, dem ehernen Marschschritt der braunen Bataillone. Alles dies ist Ausdruck nationalsozialistischen Stils und Charakters. Nun steht der Nationalsozialismus vor der Tür der Macht und fordert gebieterisch Einlaß. Der Charakter des Nationalsozialismus muß zum Nationalcharakter des deutschen Volkes gemacht werden, und auf seinem Boden wird wieder eine neue, moderne Nationalkultur entstehen. Der Zivilisationsjournalismus muß überwunden werden, um zu einem neuen Kulturgefühl vorzudringen. Findet ein Volk seinen eigenen Charakter wieder, dann bahnt es sich damit den Weg zur Nation Die Kraft liegt nicht im Verstand und nicht in der Vernunft, sondern im Gefühl und im Willen Sie allein kann dem Volk das verlorengegangene Selbstbewußtsein zurückgeben, aus dem dann in aller Not und Gefahr, in aller Trübsal und Bedrängnis jener Glaube entspringt, der Berge versetzt."

Hitler und die Polizei in Königsberg.

Königsberg, 18. Juli

Hitler hat, wie wir gestern berichteten, in einem Telegramm an den Reichspräsidenten über das Verhalten der Königsberger Polizei bei einem Vorbeimarsch der SA. Beschwerde geführt. Von der Polizei wird jetzt eine ausführliche Darstellung des Vorfalles gegeben und erklärt, daß durch die polizeilichen Sperrmaßnahmen eine Behinderung des Vorbeimarsches nicht eingetreten sei. Der Königsberger Gauleiter, Reichstagsabgeordneter Koch, habe gedroht, er werde sofort seine SA einsetzen, wenn die berittenen Beamten nicht entfernt würden. Hierauf wurde ihm bedeutet, dies wäre lediglich Sache der Polizei. Koch wiederholte, er stellte dem Major fünf Minuten Frist zur Entfernung der berittenen Beamten. Es wurde ihm hierauf erklärt, daß er festgenommen werden müsse, wenn er sich nicht jeglicher polizeilicher Eingriffe enthielte. Da inzwischen genügend Verstärkung zu Fuß eingetroffen war, konnte nach und nach die berittene Polizei zurückgezogen werden. Die Maßnahmen hatten den Zweck, eine ungestörte Abnahme des Vorbeimarsches vor Hitler zu gewährleisten.

Ein nationalsozialistischer Redner schwer verletzt.

München, 18. Juli

Wie der „Völkische Beobachter" mitteilt, wurde in Werdingen bei Augsburg der nationalsozialistische Redner Alger aus Mainz in Begleitung von vier Nationalsozialisten von etwa 200 Kommunisten überfallen und durch einen Stich in den Unterleib schwer verletzt.

Nationalsozialistischer Protest bei Gayl.

CNB. **Berlin,** 18 Juli. Der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Berlin der NSDAP., Haegert, hat, wie er mitteilt, an den Reichsinnenminister ein Telegramm gesandt, in dem darauf hingewiesen wird, daß an den Litfaßsäulen Berlins sich seit heute früh Plakate der Kommunisten befinden mit der Ueberschrift: „Rotes Berlin erhebe dich gegen die braune Pest!" Das Plakat beschäftige sich mit der Schießerei in Siemensstadt und spreche von nationalsozialistischen Massenmördern, obwohl die näheren Zusammenhänge dieses Zusammenstoßes gerichtlich noch nicht getlart seien. Zum Schluß des Plakates heiße es weiter: „Schluß mit dem braunen Terror! Räumt auf mit der braunen Hakenkreuzpest! Fort mit ihnen aus den Betrieben! Schafft überall Massenselbstschutzformationen!" Haegert führt Beschwerde darüber, daß die preußische Polizei den öffentlichen Anschlag dieser Plakate dulde, in denen unverhüllt zu Mord und Gewalttätigkeiten gegen Nationalsozialisten aufgehetzt werde.

Seine Partei erhebe Protest gegen die Haltung der preußischen Polizeibehörde und verlange das Eingreifen der Reichsregierung zum Schutz der bedrohten Bevölkerung Berlins.

Eine Saalschlacht.

Zwei Schwerverletzte.

Osnabrück, 17. Juli

Die Eiserne Front hielt in Bissendorf (Landkreis Osnabrück) am Samstagabend eine besonders stark von auswärtigen Teilnehmern besuchte Versammlung ab. Nach der Rede des Referenten kam es zu einer Diskussion, die bald in eine schwere Schlägerei ausartete. Zwei Nationalsozialisten wurden so schwer verletzt, daß sofort ärztliche Hilfe herbeigeholt werden mußte.

Bayern begrüßt das Demonstrationsverbot.

München, 18. Juli. Die „Bayrische Staatszeitung" begrüßt die Wiederaufnahme des Demonstrationsverbotes unter der Ueberschrift: „Endlich". Es besteht aller Grund, den verantwortlichen Reichsinnenminister für diese Verfügung zu belobigen und zu bestärken, daß unter dem Druck irgend welcher Einflußnahmen dieser heilsame Beschluß wieder umgestoßen werde. Damit sei auch das Spiel mit dem Gedanken einer Verhängung des Ausnahmezustandes auf militärischer Grundlage im Reich und in den Ländern hoffentlich zu Ende gespielt.

Versuche zu Kundgebungen unter freiem Himmel.

cnb. Berlin, 18. Juli. Trotz des Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel haben Angehörige verschiedener Parteien an mehreren Stellen der Stadt versucht, sich zusammenzurotten und Umzüge zu veranstalten. Daran waren nicht nur Kommunisten und Nationalsozialisten, sondern an einer Stelle auch Mitglieder der Eisernen Front beteiligt. Die Polizei mußte wiederholt eingreifen, z. B. im Norden, in Moabit, in Neukölln, in Steglitz und in Tegel. Einen heftigen Zusammenstoß hatte die Polizei am Andreasplatz mit etwa 500 Kommunisten. Hier mußten die Beamten, da ihnen heftiger Widerstand entgegengesetzt wurde, mit dem Gummiknüppel vorgehen.

Zusammenstöße zwischen SA. und Kommunisten im Aachener Landkreis.

Aachen, 18. Juli.

Die SA. veranstaltete am Sonntag im ganzen Landkreise Aachen Aufmärsche, die bereits vormittags in Eschweiler begannen, woran sich Umzüge in Stolberg, Kohlscheid und Alsdorf anschlossen Fast überall gab es Zusammenstöße, jedoch konnte in den meisten Fällen die Polizei rechtzeitig eingreifen. In Alsdorf war der Polizei bekannt geworden, daß die KPD. aufgefordert worden war, gegen die Nationalsozialisten vorzugehen. Es befanden sich unter den Zuschauern daher viele Kommunisten, die z. T. mit Waffen ausgerüstet waren. Als der Zug der Nationalsozialisten zum Abmarsch bereit stand, wurden die Teilnehmer mit Pflastersteinen beworfen. Außerdem fielen mehrere scharfe Schüsse Als die Polizei einschritt, wurde sie ebenfalls beschossen, worauf die Beamten das Feuer erwiderten. Ob jemand verletzt worden ist, konnte nicht festgestellt werden. Auf der Landstraße zwischen Alsdorf und Baesweiler sollte die SA. auf der Rückfahrt überfallen werden. Ein Ueberfallkommando fuhr sofort zu dem betreffenden Geländestreifen und konnte auch hier zahlreiche Personen in den Straßengräben festnehmen, die mit Pistolen bewaffnet waren.

Auch in Bergisch-Gladbach bei Köln kam es am Sonntag nachmittag anläßlich eines Umzuges der NSDAP. zu Zusammenstößen. Wie festgestellt worden ist, hatten die Kommunisten ihre Anhänger aus der Umgebung herangezogen In einem Stadtteil wurde auf die Nationalsozialisten geschossen, wobei eine Person aus den Zuschauern durch einen Armschuß verletzt wurde. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen Anhänger der KPD. handelt. Kurz darauf wurden bei einer Schlägerei mehrere Personen durch Hieb- und Stichwunden erheblich verletzt. Fünf Personen wurden verhaftet und nach Köln übergeführt.

Dr. Syrup Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst.

Berlin, 18. Juli.

Auf Grund der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli 1932 hat der Reichskanzler namens der Reichsregierung auf Vorschlag des Reichsarbeitsministers den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

•

Geheimer Rat Dr. Friedrich Syrup wurde 1882 in der Provinz Hannover geboren und besuchte das Realgymnasium in Hannover. Nach der Reifeprüfung war er ein Jahr praktisch in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie tätig. Dann widmete er sich dem Studium des Maschinenbaufachs. 1903 bestand er das Examen als Diplomingenieur. Dann studierte er Rechts- und Staatswissenschaften. 1907 bestand er die Gewerbeassessorprüfung. Sodann war er als preußischer Beamter in den Provinzen Hannover, Rheinland, Oberschlesien und Pommern tätig. 1918 wurde er zum Vortragenden Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt. Bei Kriegsende wurde Dr. Syrup dem Demobilmachungsministerium überwiesen. 1920 trat er in den Reichsdienst als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung über. 1927 wurde er zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ernannt. Auf wirtschaftlichem, sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiet hat er eine reiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltet.

Provinz-Nachrichten

Hagen, 19. Juli. (Folgen der Pforte-Wirtschaft.) Die durch den früheren Generaldirektor Pforte mit hohen Kosten errichtete Straßenbahn-Wagenhalle in Eckesey ist durch die Zusammenschrumpfung des Verkehrs vollständig überflüssig geworden und wurde jetzt geschlossen.

Bochum-Langendreer, 18. Juli. (Tödlich verunglückt) ist auf der Zeche Mansfeld der Bergmann Hoppe durch herabfallende Gesteinsmassen. Erst nach längeren Rettungsarbeiten gelang es, die Leiche zu bergen. Der Verunglückte war verheiratet.

Gelsenkirchen, 18. Juli. (Großfeuer in Gelsenkirchen.) In dem südlich des Bergersees gelegenen Thiemannshof ist am Sonntagmittag Feuer ausgebrochen Die Feuerwehr war alsbald zur Stelle, mußte sich jedoch zunächst auf die Rettung des Viehbestandes beschränken. Die Erntevorräte, die einen erheblichen Wert darstellen, sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Die Scheunen und Stallungen sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Den Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, wenigstens das Wohnhaus vor dem wütenden Element zu retten. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt

Duisburg-Hamborn, 18. Juli. **(Im Streit erschlagen.) Auf dem vor Anker liegenden Schiff „Alosan" kam es zu einer Schlägerei zwischen zwei Matrosen. Hierbei wurde der 25 Jahre alte Matrose Peter Snoodyk aus Rotterdam mit einem Holzstück derart auf den Kopf geschlagen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.**

wtb. **Düsseldorf,** 18. Juli. **(Ein Zollbeamter tot aufgefunden.) Der Zollbeamte Stief von der Zollstelle Anwel wurde heute in der Nähe von Straelen (Kreis Geldern) erschossen aufgefunden. Neben dem Toten lag sein Dienstrevolver. Ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Ein Selbstmord erscheint nach dem Urteil der Freunde des Toten ausgeschlossen.**

Hamm, 18. Juli. **(Schwerer Grubenunfall auf „Radbod". Zwei Tote.) Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am Freitagvormittag gegen 11 Uhr auf der Zeche Radbod ein schwerer Unglücksfall. Beim Zubruchgehen einer Strecke im Revier 12 wurden zwei Bergknappen verschüttet. Trotz der sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten konnten die beiden Verunglückten nach mehrstündiger Tätigkeit nur noch als Leichen geborgen werden. Bei den Toten handelt es sich um den 39jährigen Heinrich Bichels aus Bochum und den 33jährigen Peter Beekmans aus Hövel.**

Neueste Nachrichten

Der Reichspräsident über die politischen Zusammenstöße.

cnb, **Berlin,** 19. Juli. (Eig. Meld.) **In einem Schreiben an den Reichspräsidenten hat der frühere mecklenburgische Minister Möller auf Aeußerungen Hitlers in Weimar verwiesen, die besagten, daß hinter der „bürgerlichen Parole der Ruhe und Ordnung die Feigheit, Halbheit und Schwäche" sich verberge. Gegenüber diesen Aeußerungen erklärte Möller, es sei unerträglich, wenn man den Wunsch nach innerer Ruhe und staatlicher Ordnung für „feig" erkläre.**

Der Reichspräsident hat, der Vossischen Zeitung zufolge, auf dieses Schreiben erwidert, er würdige die vaterländischen Beweggründe, die Möller zu seinen Darlegungen veranlaßt haben. Im einzelnen lägen die Dinge vielfach anders, als sie in den Zeitungen geschildert würden. Er werde aber, so schließt die Erklärung Hindenburgs, „die weitere Entwicklung auch fernerhin sorgfältig prüfen und wenn tatsächlich die politischen Zusammenstöße einen weiteren Umfang annehmen und zur Gewohnheit werden, nicht zögern, mit geeignet erscheinenden Maßnahmen einzugreifen."

Ein Stahlhelmer niedergestochen.

wtb. **Frankfurt a. M.,** 19. Juli. **Nach Schluß einer Kundgebung der Eisernen Front bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt. In der Nähe des Stahlhelmheims auf dem Westwall kam es dabei zu einem Zwischenfall. Ein dort stehender Stahlhelmmann wurde durch einen Zugteilnehmer durch einen Messerstich schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.**

Der „Braunschweiger Volksfreund" 3 Wochen verboten.

cnb. **Braunschweig,** 19. Juli. (Eig. Meld.) **Der nationalsozialistische Minister Klagges hat, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, heute abend den „Volksfreund" nebst drei Kopfblättern auf die Dauer von drei Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels, in dem gegen die Maßnahmen des Minister Klagges gegen das Reichsbanner polemisiert worden war.**

Drahtseilattentat bei Berlin verhindert.

cnb. **Berlin,** 18. Juli. (Eig .Meld.) **Auf der Straße von Friedrichshagen nach Dahlewitz wurde heute abend in der Nähe der Ravensteiner Mühle ein über die Straße gespanntes Drahtseil entdeckt. Radfahrer machten einem Landjäger Mitteilung, der das Hindernis entfernen konnte, ehe ein Unglück geschehen war. Man nimmt an, daß es sich hierbei um ein gegen Teilnehmer an einer nationalsozialistischen Kundgebung in Friedrichshagen gerichtetes Attentat handelt.**

Verringerung der Golddecke der Reichsbank.

Der Reichsbankausweis für die zweite Juliwoche zeigt erneut einen erheblichen Verlust an Deckungsmaterial, und zwar ist der Goldbestand um 52 Millionen Mark auf 754,1 Millionen Mark und der Bestand an deckungsfähigen Devisen um 1,3 Millionen auf 137,5 Millionen Mk. zurückgegangen. Der Verlust ist zurückzuführen auf die Bereitstellung von Devisen für die Rückzahlung von 10 Prozent des 125 Millionen Dollar Ueberbrückungskredits des Reiches. Im übrigen hat die Kapitalanlage der Bank eine Entlastung um 124,8 Millionen Mark erfahren. Das Deckungsverhältnis der Noten durch Gold und Devisen ging von 24,4 Prozent auf 23,5 Prozent zurück.

Am Hochkalter abgestürzt.

Reichenhall, 18. Juli. Zwei Nürnberger Kaufleute stürzten gestern bei einer Besteigung der schwierigen Nordwand des Hochkalters von der Schärterspitze ab. Sie waren sofort tot. Heute vormittag ist eine Bergungsexpedition abgegangen.

Drei Fischer ertrunken.

Rowe (Kreis Stolp), 18. Juli. **Heute früh wurden drei Fischer von einer plötzlich aufkommenden Gewitterbö überrascht. Das Boot schlug um und die Insassen, die Fischer August Paick, Herbert Wegener und Fritz Kirk, fanden den Tod in den Wellen.**

Marga von Etzdorf in Berlin.

Berlin, 18. Juli. Die Fliegerin Marga von Etzdorf, die einen Ostasienflug ausführte und beim Rückflug in Bangkok verunglückte, kehrte am Montag nach Berlin zurück. Von Wien aus hat die Fliegerin wieder Flugzeuge zu ihrer Heimreise benutzt. Auf dem Flughafen Tempelhof wurde die Pilotin von ihren Angehörigen und zahlreichen Vertretern der deutschen Fliegerei erwartet. Vom Reichsverkehrsministerium beglückwünschte Oberregierungsrat Geyer die erfolgreiche Pilotin. Im Namen der Berliner Flughafen-Gesellschaft wurde sie von Major z. D. Böttger empfangen und namens des Aeroklubs von Deutschland brachte Vizepräsident von Höppner der Fliegerin seine Glückwünsche dar.

Die „Liste der Unzufriedenen".

Berlin, 19. Juli. Unter den 24 Wahlvorschlägen im Wahlkreis Frankfurt a. d. Oder-Grenzmark findet sich eine „Liste der Unzufriedenen", die ein Gastwirt in der Lausitz eingereicht hat.

Zwei Knaben beim Paddeln ertrunken.

Travemünde, 18. Juli. **In einer Gewitterbö kenterte am Sonntag vor Travemünde ein mit Kindern besetztes Paddelboot. Von den drei Insassen, drei Brüdern, konnte sich nur der 15jährige Aelteste retten, die beiden anderen, 11 und 9 Jahre alt, ertranken.**

Es war nicht der Kartoffelkäfer.

Frankfurt a. M., 19. Juli. Auf einem Kartoffelstück, nahe der Frankfurter Gemarkung sollten Kartoffelkäfer gefunden worden sein. Von amtlicher Seite wird hierzu mitgeteilt, daß es sich nach dem Befund vom Landwirtschaftlichen Institut der hessischen Landesuniversität in Gießen nicht um die Larven und Puppen des Kartoffelkäfers, sondern um die des Marienkäfers, die denen des Kartoffelkäfers sehr ähnlich sehen, handelt. Die Behörde bittet alle Landwirte und Gartenbesitzer, auch weiterhin ein wachsames Auge zu haben.

Drei Personen beim Baden ertrunken.

Prag, 18. Juli. **Vor den Augen zahlreicher Badender spielte sich gestern eine Tragödie ab, die drei Menschenleben forderte. Die 23 Jahre alte Gattin eines Geschäftsführers aus Prag geriet beim Baden in der Elbe in eine Untiefe. Ihr Gatte eilte ihr zu Hilfe, ging aber gleichfalls unter und ertrank. Ein Dritter, dem Ehepaar zu Hilfe kommender Mann, ertrank ebenfalls. Erst nach längerer Zeit wurden die drei Leichen geborgen.**

Ein Flugzeug mit neun Personen vermißt.

London, 18. Juli. Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, wird ein Verkehrsflugzeug der panamerikanischen Airways, das am Samstag mit neun Personen, darunter sechs Fahrgästen, von Santiago abgeflogen ist, vermißt. Die Maschine ist beim ersten Landeplatz in Mendoza (Argentinien) nicht eingetroffen. Das Flugzeug wurde zuletzt in der Nähe von Rio Blanco gesehen, wo es wegen eines Sturmes sehr niedrig flog.

Wetterbericht der Wetterwarte Essen.

(Nachdruck verboten.)

Der umfangreiche Tiefdruckwirbel über Mitteleuropa stirbt langsam ab. Auf seiner Rückseite befördert er sehr kalte Luftmassen subpolaren Ursprungs über West- nach Mitteleuropa, unter deren Einfluß die Temperaturen der Jahreszeit entsprechend zu kühl sind. Aus Deutschland werden, mit Ausnahme von Ostpreußen, Temperaturwerte zwischen 12 und 16 Grad gemeldet; in Essen wurde in der vergangenen Nacht eine Tiefsttemperatur von 9 Grad erreicht. In der instabilen Kaltluft heitert es vielerorts vorübergehend ab, meist aber herrscht noch starke Bewölkung, aus der es strichweise überwiegend in Schauerform regnet. Trotz des allgemeinen Tiefdruckanstiegs über dem europäischen Festlande wird eine sommerliche Wetterlage noch nicht eintreten, da die Kaltluft die Temperaturen der Jahreszeit entsprechend zu kühlt hält und noch immer einzelne Regenschauer auslöst.

Vorhersage für Dienstag: Stärker wolkig mit einzelnen Regenschauern. Zeitweise jedoch Aufheiterung. Der Jahreszeit entsprechend zu kühl. Um Nordwest schwankende Winde.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Wechselnd wolkig und heiter, einzelne Regenschauer nicht ausgeschlossen. Langsame Erwärmung.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 18. Juli. Dem heutigen Schlachtviehmarkte waren zugeführt: 957 Stück Großvieh (darunter 45 Ochsen, 220 Bullen, 599 Kühe, 78 Färsen 15 Fresser), 529 Kälber, 26 Schafe und 2510 Schweine. Der Marktverlauf war bei Großvieh schlecht, Ueberstand; bei Kälbern sehr langsam, geräumt; bei Schweinen schleppend, geräumt. Es wurden gezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht: Bullen: a) 26—28, b) 23—25, c) 20—22, d) 16—19. Kühe: a) 27—29, b) 24—26, c) 21—23, d) 15—20 Färsen: a) 31—33, b) 28—30, c) 25—27. Kälber: b) 36—38, c) 30—35, d) 23—28. Schweine: b) 42—44, c) 42—44, d) 41—43, e) 39—43, e) 39—41, g) 34—40.

Dortmunder Stadttheater bleibt erhalten.

Zuschuß 600 000 Mark, für das Orchester 228 100 Mark.

Das Einverständnis des Ministers.

Dortmund, 18. Juli. Im Verfolg der Besprechung, die am 28. Juni zwischen Vertretern der Stadt Dortmund und mit Minister Severing stattgefunden hat, hat der Minister nunmehr der Stadtverwaltung schriftlich mitgeteilt, daß er mit der Verwaltung der Ansicht ist, daß eine Schließung des Theaters in diesem Augenblick über Dortmunds Mauern hinaus den allerschlechtesten Eindruck machen würde. Zudem wäre mit der Schließung des Theaters die Möglichkeit verschüttet, oder doch zumindestens sehr erschwert, den vielen Erwerbslosen in Dortmund Gelegenheit zu unentgeltlichem Besuch einer guten Vorstellung zu geben. Ihm sei aus seiner eigenen Praxis bekannt, daß eine seelische Aufrichtung in schwerer Zeit oft ebenso wichtig ist, wie die Darreichung der unentbehrlichen Lebensmittel. Schließlich müsse er auch anerkennen, daß in allerungünstigstem Falle durch die Schließung des Theaters und des Orchesters nur rund 300 000 Mark eingespart werden könnten und daß diese Summe in keinem richtigen Verhältnis zu den psychologischen Schädigungen stehe, die das Ende der beiden Kunstinstitute nach sich ziehen würde. Der Minister erklärt sich aus allen diesen Gründen bereit, im Falle der Weiterführung des Theaters und des Orchesters der Stadt Dortmund weiter die notwendigen Zuschüsse für die Unterstützung der Erwerbslosen zu gewähren. Im übrigen spricht er seine Genugtuung darüber aus, daß die Stadtverwaltung bestrebt ist, die Zuschüsse für das Theater und Orchester noch weiter zu vermindern und wiederholt die Bitte, auch in der Folgezeit in diesem Sinne bemüht zu sein.

Unmittelbar nach Eingang der Antwort des Ministers sind die zuständigen Deputationen erneut zusammengetreten und haben sich mit großer Mehrheit damit einverstanden erklärt, daß das Stadttheater in städtischer Regie unter Bewilligung eines Zuschusses von 600 000 Mark für das Rechnungsjahr 1931-32 weitergeführt und das städtische Orchester unter Bewilligung eines Zuschusses von 228 100 Mark aufrecht erhalten wird.

Der Magistrat ist dem Beschluß beigetreten. Damit ist die Weiterführung beider Einrichtungen für die Spielzeit 1932-33 gesichert. Die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung soll in der nächsten ordentlichen Sitzung eingeholt werden

Benesch's nichtssagender Entwurf

Herriot in Genf eingetroffen.

Genf, 19. Juli.

Zu den Schlußverhandlungen der Abrüstungskonferenz vor ihrer Vertagung ist Herriot in Begleitung des Kriegsministers Paul-Boncour, des Marineministers Leygues und des Luftfahrtministers Painlevé eingetroffen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht der Entwurf für die Vertragsentschließung, den Benesch allen Abordnungen übermittelt hat. Der Entwurf stellt in seiner gegenwärtig noch keineswegs endgültigen Fassung ein außerordentlich nichtssagendes Dokument dar.

Er enthält keinen einzigen materiellen Beschluß auf Herabsetzung der Rüstungen.

In dem ersten Teil wird der Versuch gemacht, eine positive Darstellung der bisherigen Verhandlungsergebnisse zu geben.

In drei Punkten wird in dem Entwurf die endgültige Entscheidung offengelassen, da hierüber bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte: 1. vollständiges Verbot oder Begrenzung des Bombenabwurfes auf noch festzulegende einzelne Zonen des Schlachtfeldes, 2. Festsetzung der Effektivstärken auf der Grundlage des Hooverplans, 3. Herabsetzung der Heeresausgaben.

Ueber diese Punkte soll möglichst noch in diesen Tagen eine Einigung mit der amerikanischen und italienischen Abordnung herbeigeführt werden, da von diesen beiden Abordnungen in den letzten Tagen starker Widerstand gegen die Benesch-Entschließung geltend gemacht worden ist. Der zweite formale Teil der Entschließung schlägt vor, daß das Präsidium der Konferenz Mitte September zusammentritt, um den Abkommensentwurf in denjenigen Punkten vorzubereiten, in denen bereits vollständige Einigung angeblich erzielt worden sein soll.

Von den deutschen grundsätzlichen Forderungen, insbesondere von der Frage der deutschen Gleichberechtigung, ist selbstverständlich in der Entschließung mit keinem Wort die Rede. Es erübrigt sich, von neuem darauf hinzuweisen, daß die geradezu grotesk inhaltlose Entschließung Beneschs von deutscher Seite selbstverständlich als vollständig untragbar und ungenügend abgelehnt wird. Innerhalb der deutschen Abordnung sind gegenwärtig eingehende Beratungen über die Erklärungen im Gange, die der Führer der deutschen Abordnung, Botschafter Nadolny, im Hauptausschuß abgegeben und in der er von neuem die Forderung auf Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung stellen wird.

Im Hinblick auf die noch heute völlig ungeklärte Frage um die jetzt einsetzenden diplomatischen Verhandlungen hinter den Kulissen ist die Einberufung des Hauptausschusses bisher noch immer nicht erfolgt.

•

Der Genfer Luftfahrtausschuß ergebnislos vertagt.

Genf, 18. Juli. Der Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz ist am Montag ohne jedes Ergebnis fristlos vertagt worden. Zu der sonst üblichen Annahme eines abschließenden Berichts oder einer Entschließung ist es wegen der großen grundsätzlichen Gegensätze nicht gekommen. Ministerialdirektor Brandenburg verlangte, daß zum mindesten die bisher für die zivile Luftfahrt ausgearbeiteten Bestimmungen über die Veröffentlichung aller Angaben in gleicher Weise auch auf die Militärluftfahrt Anwendung finden sollten. Der deutsche Antrag stieß zunächst im Ausschuß auf verlegenes Schweigen. Er wurde dann mit allen Stimmen gegen die Stimmen von Deutschland und Belgien abgelehnt.

*

„Lausanne muß bleiben."

Layton warnt Amerika.

London, 18. Juli.

Der englische Reparationssachverständige Sir Walter Layton erklärte in einer Rundfunkansprache, die nach Amerika übertragen wurde, u. a., man habe infolge des Gentleman-Abkommens die Größe der Lausanner Ereignisse aus den Augen verloren.

Der Vorbehalt des Gentleman-Abkommens stehe allerdings auf dem Papier. Aber dadurch dürften keine Mißverständnisse entstehen. Es sei gewiß, daß es kein Zurück von dem deutschen Abkommen geben könne. Falls die Reparationen wieder aufgenommen werden sollten, sei es schwierig, einzusehen, wie das Vertrauen wieder hergestellt werden und die Maschinerie des internationalen Handels wieder in Schwung gebracht werden solle.

An Amerika gewandt, sagte Layton, was für die Reparationen gelte, gelte auch für die Kriegsschulden. Der internationale Handel könne nicht wieder belebt werden, solange er überladen und außer Ordnung gebracht werde durch große politische Zahlungen, die keine Beziehungen zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen Aktivität hätten. Auf dieser Grundlage wollten die europäischen Staaten an Amerika zu einer neuen Erwägung der Lage herantreten.

Jahrmärkte.

Mittwoch, 20. Juli: Ahaus B., Hamm K. B., Börder K. Rdv. Pf. Schweine Füllen, Gelsenkirchen Pf. Rdv. chSchw., Enger (Stadt) K. Rdv. Pf. Schw. Schaf. Zieg., Dortmund Zuchtv. Faselv.
Donnerstag, 21. Juli: Gescher K. B., Halle i. W. Rdv. Pf. Schw., Dortmund Pf.
Freitag, 22. Juli: Ochtrup B., Lengerich (Stadt) B., Zeckelsheim K. Schw. Füllen. Bochum (Werne) Schw.

DNV **Dienstag,** den 19. Juli 1932, abends 8,30 Uhr im Städtischen Saalbau:
Oeffentl. **Wahlkundgebung.**
Es spricht
Dr. Eduard Stadtler
der Spitzenkandidat von Westfalen-Süd
über:
Roter Aufruhr
oder schwarz - weiß - roter Ordnungsstaat?
Die Entscheidung fällt am 31. Juli.
Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose gegen Ausweis frei
Deutschnationale Volkspartei, Witten.
Wählt Liste 5

Millionen schützen sich vor Erkältung! Beweis 15000 Dankschreiben! **Krügerol** Kefarrh-Bonbons
m. antiseptisch u. belebend wirkendem Zusatz! im orangefarbenen Beutel 30 u. 60 ₰

Amateur-Alben
in grosser Auswahl
von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung
Fritz Küching
Schreibwarenhandlung
Annen

WIKA
WITTEN
Das neue Kaufhaus
für
sämtliche Bedarfsartikel
wird
Donnerstag
eröffnet

S 1129 Leichte Weißstickerei ziert die durch Hohlnähte gegliederte Decke aus feinfädigem weißen Leinen. Größe etwa 80 cm. Für 2 Eckfiguren (20 cm groß) Bazar-Aufplättmuster S J 1129 erhältlich, Preis 23 Pfennig. Dieses Stickmuster ist auch für Kissenbezüge verwendbar.

S 3509 Für das 45×60 cm große Kissen aus weißem oder zartfarbigem Batist sind in Längs- und Querrichtung Hohlnähte zu arbeiten und die einzelnen Flächen mit Motiven in Kreuzstichstickerei zu verzieren. Als Abschluß gereihte Falbel. Bazar-Aufplättmuster S J 3509, Preis 23 Pfennig.

S Ks 1289, S E 2779 Spielhöschen und Kinderkleidchen aus einfachem Waschstoff werden gern durch bunte Kreuzstichstickerei belebt. Zum Höschen verwendbarer Schnitt S Ks 1289, für 1—3 Jahre, Preis 45 Pf. Aufplättmuster S J 3509, Preis 23 Pf. Zum Kleidchen Schnitt E 2779 für 6—8, 9—11 Jahre, Preis 68 Pfennig. Aufplättmuster S J 3506, Preis 23 Pf.

S 3500 Für die Schürze ist ein 100 cm langer, 60 cm breiter Stoffteil oben eingereiht und zwischen ein 3 cm breites farbiges Bündchen gefaßt, am unteren abgeschrägten Rand farbig eingefaßt. Latzteil 28 cm breit. Für die mit buntem Twist auszuführenden Kreuzstichmotive (20 cm groß) Bazar-Aufplättmuster S J 3500, Preis 23 Pfennig, für die kleinen Motive S J 3509, Preis 23 Pfennig.

Unsere Leser erhalten gebrauchsfertige Aufplättmuster hierzu vom Bazar, Berlin W 8